Genehmigungsbescheid

915-63.0003/16/1.6.2 1577-21-06 (WEA 3)

915-63.0004/16/1.6.2 1577-21-06 (WEA 4)

vom 06.09.2022

Der

Windenergie Ameke/Hölter GmbH & Co. KG
Kurrick 7
48317 Drensteinfurt

wird auf ihren Antrag vom 14.03.2016, zuletzt vervollständigt am 27.06.2022, **die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb zwei Anlagen zur Nutzung von Windenergie** auf den Grundstücken in der Gemarkung Bockum-Hövel, Flur 45, Flurstücke 46 und 17 **erteilt**.

Rechtsgrundlage

§§ 4 und 6 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274) in der zurzeit geltenden Fassung.

Konten der Stadtkasse:

Sparkasse Hamm BLZ 410 50095
Kto.-Nr. 34 199
IBAN: DE98 41050095 00000 34199
SWIFT-BIC: WELADED1HAM

Sprechzeiten:

Mo – Do 8.30 - 12.30 Uhr und 14.00 - 15.30 Uhr
Fr 8.30 - 12.30 Uhr
Einige Ämter haben andere Öffnungszeiten
Formulare und Informationen: www.hamm.de

Buslinien:

Alle
Haltestelle:
Westentor
Willy-Brandt-Platz

Die Genehmigung umfasst die Errichtung und den Betrieb folgender Anlagenteile:

Windenergieanlage 3 (WEA 3) vom Typ V150-5.6/6.0 des Herstellers Vestas auf einem 148 m hohen Stahlurm mit 150 m Rotordurchmesser und 6.000 kW Nennleistung. Die Gesamthöhe beträgt inklusive Rotorblattspitze 223 m über Grund.

Windenergieanlage 4 (WEA 4) vom Typ V150-5.6/6.0 des Herstellers Vestas auf einem 166 m hohen Stahl-Beton-Hybridturm mit 150 m Rotordurchmesser und 6.000 kW Nennleistung. Die Gesamthöhe beträgt inklusive Rotorblattspitze 241 m über Grund.

Entscheidungen

Die Genehmigung schließt gem. § 13 BImSchG die Baugenehmigung nach § 65 (1) Bauordnung NRW 2018 ein.

Ausnahmen, Befreiungen, Abweichungen und Erleichterungen

Befreiung gem. § 67 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) von den allgemeinen Verboten des Landschaftsplans im LSG. Ausgenommen sind die „Allgemeinen Verbote“ unter den Gliederungsziffern II.2.1.1.c und II.2.1.1.i des Landschaftsplans.

Diesem Genehmigungsbescheid liegen die nachstehend aufgeführten und mit Etikettaufkleber gekennzeichneten Unterlagen zugrunde:

Ordner 1

A Antragsformulare, Verfahrenshinweise und Kurzbeschreibung

- A 01 Kurzbeschreibung nach § 4 Abs. 3 der 9. BImSchV
- A 02 Antrag nach BImSchV
- A 03 Antrag auf freiwillige UVP
- A 04 Erklärung Urheberrecht Dritter

B Bauvorlagen

- B 01 Bauantrag Sonderbau
- B 02 Baubeschreibung
- B 03 Architektenbescheinigung

CD Anlagenbeschreibung

- CD 01 Herstellererklärung zur Gültigkeit von bestehenden Dokumenten
- CD 02a Allgemeine Beschreibung
- CD 02b Stellungnahme V150
- CD 03a Übersichtszeichnung
- CD 03b Legende zu Übersichtszeichnungen
- CD 04 Leistungsspezifikation
- CD 05 Prinzipieller Aufbau und Energiefluss
- CD 06 Rotorblatttiefen an Vestas Windenergieanlagen
- CD 07 Eingangsgrößen für Schallimmissionsprognosen
- CD 08 Allgemeine Informationen über die Umweltverträglichkeit von Vestas-WEA
- CD 09 Vestas Schattenwurf-Abschaltsystem
- CD 10 Fledermausschutzsystem

E Typenprüfung

- E 01 Hinweis zur Einreichung der Typenprüfung

F Kosten

- F 01 Herstell- und Rohbaukosten WEA 3, V150-5.6/6.0 MW - 148m NH
- F 02 Herstell- und Rohbaukosten WEA 4, V150-5.6/6.0 MW - 166m NH

G Karten und Pläne

- G 01 Übersichtsplan Drensteinfurt und Hamm, DTK25, M. 1:25000
- G 02a Übersichtsplan Drensteinfurt, ABK5, M. 1:5000
- G 02b Übersichtsplan Hamm, ABK5, M. 1:5000
- G 03a Amtlicher Lageplan WEA 3, M. 1:2000
- G 03b Detailplan
- G 04a Amtlicher Lageplan WEA 4, M. 1:2000
- G 04b Detailplan
- G 05 Übersichtsplan Zuwegung Hamm, M. 1:2500

H Standort und Umgebung

- H 01 Bestimmung der Abstandsflächen
- H 02 Anforderungen an Transportwege und Kranstellflächen
- H 03 Hindernisangabe für die Luftfahrtbehörden
- H 04a Übersicht Schutzgebiete NSG, LSG und Biotopverbund
- H 04b Übersicht Gewässer / Vorfluter
- H 05 Richtfunk Leitungstrassen
- H 06 Leitungsausgänge

IJ Stoffe

- IJ 01 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
- IJ 02 Angaben zu wassergefährdenden Stoffen
- IJ 03 Sicherheitsdatenblätter

K Abfallmengen / -entsorgung/ Abwasser

- K 01 Informationen zur Entstehung von Abwasser
- K 02 Angaben zum Abfall

L Anlagensicherheit

- L 01 Hinweis zur Wartung
- L 02 Hinweis Luftfahrtskennzeichnung
- L 03 Hinweis Bedarfsgerechte Nachtskennzeichnung

- L 04 Tages- und Nachtkennzeichnung von Vestas WEA in Deutschland
- L 05 Notbeleuchtung an Vestas WEA
- L 06 Allgemeine Spezifikation für Gefahrenfeuer, Sichtweitensensor (SWS)
- L 07 Allgemeine Spezifikation Gefahrenfeuer, Unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV)
- L 08 Allgemeine Spezifikation Licht Eingangstür für Türme Onshore
- L 09 Allgemeine Spezifikation Vestas Eiserkennung (VID)
- L 10 Spezifizierung von „Yaw into Fixed Position due to Ice“
- L 11 Blitzschutz und elektromagnetische Verträglichkeit
- L 12 Vestas-Erdungssystem
- M Arbeitsschutz bei Errichtung und Wartung**
- M 01 Hinweis zu den Aufstiegsmöglichkeiten in die Gondel
- M 02 Allgemeine Angaben zum Arbeitsschutz
- M 03 Vestas Arbeitsschutz – Gesundheit, Sicherheit und Umwelt, Manual
- M 04a Kurzanleitung Sherpa-SD4
- M 04b Typenzertifikat Sherpa-SD4
- M 04c Betriebsanleitung Serviceaufzug für Windkraftanlagen
- M 05 Evakuierungs-, Flucht- und Rettungsplan
- M 06a Hinweis Verkehrs- und Rettungswege Vestas Transformator-Raum, April 2021
- M 06b Verkehrs- und Rettungswege Vestas Transformator-Raum, April 2021
- NO Brandschutz**
- NO 01 Allgemeine Spezifikation des Vestas-Brandschutzes für Vestas EnVentus WEA
- NO 02 Generisches Brandschutzkonzept
- NO 03 Standortspezifisches Brandschutzgutachten, Juni 2021
- PQ Maßnahmen nach Betriebseinstellung**
- PQ 01 Rückbauverpflichtung
- PQ 02 Rückbaukostenschätzung WEA 3, V150-5.6/6.0 MW - 148m NH
- PQ 03 Rückbaukostenschätzung WEA 4, V150-5.6/6.0 MW - 166m NH

Ordner 2

- R Schutz vor Lärm und sonstigen Immissionen**
- R 01 Schalltechnisches Gutachten, Mai 2021
- R 02 Schattenwurfgutachten, April 2021
- S Sonstige Gutachten**
- S 01 Baugrunduntersuchung, April 2021
- S 02 Stellungnahme zu einer potenziellen optisch bedrängende Wirkung, April 2021
- S 03 Gutachten zur Standorteignung / Turbulenzgutachten, Juli 2021
- S 04 Gefährdungsbeurteilung Ferngasleitung, Oktober 2021

Ordner 3

Sch Ökologische Belange

- Sch 01 Ergebnisbericht Avifauna / Fachbeitrag zur vertiefenden Artenschutzprüfung (ASP II), August 2021
- Sch 02 Landschaftspflegerischer Begleitplan mit Landschaftsbildbewertung, September 2021
- Sch 03 Bericht zur Umweltverträglichkeit, Oktober 2021

Die Genehmigung wird unter nachstehend aufgeführten Nebenbestimmungen erteilt:

0. Bedingungen

- 0.1 Mit der Errichtung der Windenergieanlage darf erst begonnen werden, wenn alle erforderlichen Abstandsflächenbaulasten auf den zu belastenden Flurstücken Gemarkung Bockum-Hövel, Flur 45, Flurstücke 12 und 46 eingetragen sind. Erforderlich ist für die WEA 3 ein Radius von 111,5 Metern und für die für die WEA 4 ein Radius von 120,5 Metern jeweils um den geometrischen Mittelpunkt des Mastes der Windenergieanlage.
- 0.2 Vor Baubeginn (Fundamentgründung) ist für die Sicherung der Rückbauverpflichtung nach § 35 Abs. 5 BauGB eine Sicherheitsleistung in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft einer deutschen Großbank, öffentlichen Sparkasse oder Volks- und Raiffeisenbank beizubringen. In der Bürgschaft ist sicherzustellen, dass die bürgende Bank den Bürgschaftsbetrag auf erstes Anfordern an die Stadt Hamm als Genehmigungsbehörde zahlt und auf die Einreden der Anrechnung, der Aufrechnung und der Vorklage verzichtet (§§ 770, 771 BGB). Die Sicherheitsleistung wird auf 312.660,60 € festgesetzt.
- 0.3 Die Funktionstüchtigkeit und Wirksamkeit der Eiserkennungseinrichtung ist vor der Inbetriebnahme der WEA durch einen Sachverständigen zu prüfen und zu bescheinigen. Der Prüfbericht ist dem Bauordnungsamt der Stadt Hamm vor Inbetriebnahme vorzulegen.

1. Allgemeines

Die Anlage muss nach den geprüften mit Etikettaufkleber gekennzeichneten und dieser Genehmigung nachgehefteten Antragsunterlagen errichtet, eingerichtet und betrieben werden.

Sofern in den nachstehenden Festsetzungen abweichende Anordnungen getroffen werden, sind diese durchzuführen.

Bereithaltung der Genehmigung

Diese Genehmigung mit allen Anlagen oder eine beglaubigte Abschrift ist an der Betriebsstätte jederzeit bereitzuhalten und den Bediensteten der Aufsichtsbehörden auf Verlangen vorzulegen.

2. Frist für Errichtung und Betrieb

Die Anlage ist innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren nach Rechtskraft dieser Genehmigung zu errichten und in Betrieb zu nehmen. Andernfalls erlischt die Genehmigung.

3. Anzeigepflicht

- 3.1. Der Baubeginn der Windenergieanlage ist folgenden Stellen mitzuteilen:

- Bauordnungsamt der Stadt Hamm
- Bezirksregierung Münster, Dezernat 26, Domplatz 1-3, 48143 Münster
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Postfach 2963, 53019 Bonn.

Die Mitteilungen müssen jeweils mindestens eine Woche vor Baubeginn bei diesen Stellen vorliegen.

- 3.2. Dem Bauordnungsamt der Stadt Hamm ist der Zeitpunkt der Inbetriebnahme der WEA formlos schriftlich anzuzeigen. Mit dieser Anzeige müssen folgende Unterlagen vorgelegt werden:

- Erklärung des Herstellers der Anlage, dass die erforderliche schallreduzierte Betriebsweise und die Nachtabschaltung eingerichtet ist
- Erklärung des Herstellers der Anlage bzw. des beauftragten Fachunternehmens über die Art und Weise, wie der Schattenwurf bezogen auf die jeweiligen Wohnhäuser im

schattenkritischen Bereich maschinentechnisch gesteuert wird sowie die Bestätigung, dass die Abschalteneinrichtung betriebsbereit ist

- Nachweis des Herstellers oder des Fachunternehmers über die Einrichtung und Parametrierung des Eisdetektionssystems einschließlich der Beschreibung der Parametrierung bzw. der manuellen Steuerung des Wiederanlaufs und der Programmierung der Parkposition sowie der Bestätigung, dass das System betriebsbereit ist

Die Anzeige und die entsprechenden Unterlagen müssen dem Bauordnungsamt der Stadt Hamm bei Inbetriebnahme der WEA vorliegen.

- 3.3. Das Bauordnungsamt der Stadt Hamm ist als Genehmigungs- und Überwachungsbehörde über alle besonderen Vorkommnisse, durch die schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes hervorgerufen werden sowie über die Tatsache, dass Anforderungen an den Betrieb der Anlage oder Anforderungen zur Begrenzung von Emissionen und Immissionen nicht erfüllt werden, unverzüglich Kenntnisnahme fernmündlich zu unterrichten. Unabhängig davon sind umgehend alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Abstellung der Störung erforderlich sind. Auf die Anzeige- und Mitteilungspflichten nach §§ 2 und 3 der Umwelt-Schadensanzeige-Verordnung (UmSchAnzV) wird hingewiesen.
- 3.4. Ein Wechsel des Betreibers bzw. ein Verkauf der Windenergieanlage(n) ist dem Bauordnungsamt der Stadt Hamm unverzüglich mitzuteilen.
- 3.5. Die über das Fernüberwachungssystem aufgezeichneten Wind- und Anlagendaten sind ein Jahr aufzubewahren und dem Bauordnungsamt der Stadt Hamm auf Verlangen vorzulegen. Die aufgezeichneten Daten müssen einsehbar sein und in allgemein lesbarem Datenformat elektronisch vorgelegt werden können. Es müssen mindestens die Parameter Windgeschwindigkeit, Windrichtung, Azimutposition, Leistung und Drehzahl im 10-min-Mittel erfasst werden.
- 3.6. **Hinweis:**
Anzeige über die Stilllegung der Anlage :
Dem Bauordnungsamt – Immissionsschutz der Stadt Hamm ist der Zeitpunkt der Stilllegung der Anlage oder von genehmigungsbedürftigen Anlageteilen unverzüglich schriftlich anzuzeigen (§ 15 Abs. 3 BImSchG).
Der Anzeige ist eine Beschreibung derjenigen Maßnahmen beizufügen, die sicherstellen, dass auch nach einer Betriebseinstellung keine schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können, vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit beseitigt werden und die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Betriebsgeländes gewährleistet ist.

4. Nebenbestimmungen zum Immissionsschutz

4.1. Schall

4.1.1. Die von den Windenergieanlagen verursachten Geräuschimmissionen dürfen im gesamten Einwirkungsbereich unter Berücksichtigung der Vorbelastung durch weitere WEA und andere Anlagen nicht zu einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte nach Nr. 6 der TA Lärm beitragen. Für die maßgeblichen Immissionsaufpunkte (IO) gemäß der Schallimmissionsprognose der planGIS GmbH, Projektnummer 4_21_002 vom 28.05.2021 gelten folgende Immissionsrichtwerte:

IO-A bis IO-R : tagsüber 60 dB(A) und nachts 45 dB(A),
 IO-S und IO-T: tagsüber 50 dB(A) und nachts 35 dB(A).

Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen den Immissionsrichtwert am Tage um nicht mehr als 30 dB(A) und zur Nachtzeit um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten. Die Nachtzeit beginnt um 22:00 Uhr und endet um 6:00 Uhr. Für die Ermittlung der Geräusche ist Nr. 6.8 TA Lärm maßgebend.

4.1.2. Die Windenergieanlage darf nicht tonhaltig sein. Tonhaltig sind WEA, für die nach TA Lärm ein Tonzuschlag von 3 dB oder 6 dB zu vergeben ist.

4.1.3. Wenn für die WEA in den Messberichten nach der FGW-Richtlinie eine Tonhaltigkeit von 2 dB im Nahbereich ausgewiesen wird, ist am maßgeblichen Immissionsort eine Abnahmemessung zur Beurteilung der Tonhaltigkeit erforderlich. Wird hierbei eine immissionsseitige Tonhaltigkeit festgestellt, müssen Maßnahmen zur Minderung der Tonhaltigkeit ergriffen werden (kurzfristig z. B. Vermeiden des Dauerbetriebs mit der Drehzahl, bei welcher die Tonhaltigkeit auftritt; langfristig: technische Minderungsmaßnahmen).

4.1.4. Die Windenergieanlage WEA3 ist zur Nachtzeit von 22:00 - 6:00 Uhr entsprechend den Herstellerangaben gemäß Eingangsgrößen für Schallimmissionsprognosen Vestas V150-5.6/6.0 MW (Dokument Nr.: 0079-9481.V07) zu betreiben. Zur Kennzeichnung der maximal zulässigen Emissionen sowie des genehmigungskonformen Betriebs gelten folgende Werte:

f [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000
$L_{wA, okt}^*$ [dB(A)]	80,8	88,6	93,4	95,2	94,0	89,9	82,8
Berücksichtigte Unsicherheiten	$\sigma_R = 0,5 \text{ dB(A)}$, $\sigma_P = 1,2 \text{ dB(A)}$, $\sigma_{Prog} = 1,0 \text{ dB(A)}$						
$L_{e, max, Okt}$ [dB(A)]	82,5	90,3	95,1	96,9	95,7	91,6	84,5
$L_{o, Okt}$ [dB(A)]	82,9	90,7	95,5	97,3	96,1	92,0	84,9

Die Werte der oberen Vertrauensbereichsgrenze L_o, Okt stellen das Maß für die Auswirkungen des genehmigungskonformen Betriebs inklusive aller erforderlichen Zuschläge zur Berücksichtigung von Unsicherheiten dar und dürfen nicht überschritten werden; sie gelten somit auch als Vorbelastung für nachfolgende Anlagen.

4.1.5. Die Windenergieanlage WEA4 ist zur Nachtzeit von 22:00 - 6:00 Uhr entsprechend den Herstellerangaben gemäß Eingangsgrößen für Schallimmissionsprognosen Vestas V150-5.6/6.0 MW (Dokument Nr.: 0079-9481.V07) zu betreiben. Zur Kennzeichnung der maximal zulässigen Emissionen sowie des genehmigungskonformen Betriebs gelten folgende Werte:

f [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000
$L_{wA, okt}^*$ [dB(A)]	85,0	92,7	97,4	99,1	98,0	93,9	86,9
Berücksichtigte Unsicherheiten	$\sigma_R = 0,5 \text{ dB(A)}$, $\sigma_P = 1,2 \text{ dB(A)}$, $\sigma_{Prog} = 1,0 \text{ dB(A)}$						
$L_{e, max, Okt}$ [dB(A)]	86,7	94,4	99,1	100,8	99,7	95,6	88,6
$L_{o, Okt}$ [dB(A)]	87,1	94,8	99,5	101,2	100,1	96,0	89,0

Die Werte der oberen Vertrauensbereichsgrenze $L_{o, Okt}$ stellen das Maß für die Auswirkungen des genehmigungskonformen Betriebs inklusive aller erforderlichen Zuschläge zur Berücksichtigung von Unsicherheiten dar und dürfen nicht überschritten werden; sie gelten somit auch als Vorbelastung für nachfolgende Anlagen.

4.1.6. Die Windenergieanlagen sind solange während der Nachtzeit von 22:00 – 6:00 Uhr außer Betrieb zu setzen, bis das Schallverhalten des WEA-Typs (Vestas V150-5.6/6.0 MW) durch eine FGW-konforme Vermessung an der beantragten Windenergieanlage selbst oder einer anderen Windenergieanlage gleichen Typs belegt wird. Es ist nachzuweisen, dass die im Wind-BIN des höchsten gemessenen Summenschalleistungspegels vermessenen Oktavschalleistungspegel zuzüglich des 90%-Konfidenzintervalls der Gesamtunsicherheit aus Vermessung, Serienstreuung und Prognosemodell ($L_{o, Okt, Vermessung}$) die in Nebenbestimmung 4.1.4 und 4.1.5 festgelegten Werte der obere Vertrauensbereichsgrenze $L_{o, Okt}$ nicht überschreiten. Werden nicht alle Werte $L_{o, Okt}$ eingehalten, kann der Nachweis für die Aufnahme des Nachtbetriebs über die Durchführung einer erneuten Ausbreitungsrechnung für die betroffene einzelne WEA erbracht werden. Diese Kontrollrechnung ist mit dem identischen Ausbreitungsmodell einschließlich der Immissionsaufpunktmodellierung durchzuführen, wie es in der Schallimmissionsprognose der planGIS GmbH, Projektnummer 4_21_002 vom 28.05.2021 abgebildet ist. Als Eingangsdaten sind die oberen Vertrauensbereichsgrenzen der vermessenen Oktavschalleistungspegel $L_{o, Okt, Vermessung}$ des Wind-BINs, das immissionsseitig den höchsten Beurteilungspegel erzeugt, anzusetzen. Der Nachweis für die Aufnahme des Nachtbetriebs gilt dann als erbracht, wenn die so ermittelten Teilimmissionswerte der betroffenen einzelnen WEA die für sie in der Schallimmissionsprognose der planGIS GmbH, Projektnummer 4_21_002 vom 28.05.2021 ermittelten, im Anhang der Schallimmissionsprognose aufgelisteten Teilimmissionspegel nicht überschreiten. Der Nachtbetrieb ist dann nach positivem Nachweis und Freigabe durch das Bauordnungsamt der Stadt Hamm in dem Betriebsmodus mit der zugehörigen maximalen Leistung und Drehzahl zulässig, der dem vorgelegten schalltechnischen Nachweis zu Grund liegt.

4.1.7. Im Rahmen einer messtechnischen Überprüfung ist der Nachweis eines genehmigungskonformen Betriebs dann erbracht, wenn die messtechnisch bestimmten Oktavschalleistungspiegel des Wind-BINs mit dem höchsten gemessenen Summenschalleistungspiegel die in Nebenbestimmung 4.1.4 und 4.1.5 festgelegten Werte $L_{e, max, Okt}$ nicht überschreiten. Werden nicht alle Werte $L_{e, max, Okt}$ eingehalten, kann der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs über die Durchführung einer erneuten Ausbreitungsrechnung für die betroffene einzelne WEA erbracht werden. Diese Kontrollrechnung ist mit dem identischen Ausbreitungsmodell einschließlich der Immissionsaufpunktmodellierung durchzuführen, wie es in der Schallimmissionsprognose der planGIS GmbH, Projektnummer 4_21_002 vom 28.05.2021 abgebildet ist. Als Eingangsdaten sind die gemessenen Oktavschalleistungspiegel des Wind-BINs, das immissionsseitig den höchsten Beurteilungspegel erzeugt, anzusetzen. Der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs gilt dann als erbracht, wenn die so ermittelten Teilimmissionswerte der betroffenen einzelnen WEA die in der Schallimmissionsprognose der planGIS GmbH, Projektnummer 4_21_002 vom 28.05.2021 aufgelisteten Vergleichswerte nicht überschreiten.

4.1.8. Die Umschaltung auf eine gegebenenfalls erforderliche schallreduzierte Betriebsweise zur Nachtzeit muss durch automatische Schaltung (z.B. mittels Zeitschaltuhr) erfolgen. Die Schaltung ist gegen unbefugte Änderung zu schützen (z.B. durch Passwort). Bei Ausfall oder Störung der automatischen Schaltung ist automatisch ein Alarm an die Fernüberwachung zu geben.

4.2. Schattenwurf

4.2.1. Die Schattenwurfprognose Projektnummer 4_21_002 der planGIS GmbH vom 28.04.2021 weist für einen schattenkritischen Bereich eine Überschreitung der zumutbaren

Beschattungsdauer von 30 h/a (worst case) bzw. 30 min/d aus. Für die Wohnhäuser im schattenkritischen Bereich müssen alle für die Programmierung der Abschaltvorrichtungen erforderlichen Parameter exakt ermittelt werden. Die Koordinaten und berechneten Zeiten der Schattenwurfprognose geben keine ausreichende Genauigkeit für die Programmierung.

- 4.2.2. Die Windenergieanlagen sind, vorbehaltlich der dortigen Genehmigung und Inbetriebnahme, mit der Windenergieanlagen der Windenergie Ameke/Hölter GmbH & Co. KG auf dem Stadtgebiet Drensteinfurt an eine gemeinsame Schattenwurfabschaltung anzuschließen, welche die Abschaltung der Windenergieanlagen vernetzt steuert.
- 4.2.3. Es muss durch geeignete Abschaltvorrichtungen überprüfbar und nachweisbar sichergestellt werden, dass die Schattenwurf-Immissionen der Windenergieanlagen insgesamt real an den Wohnhäusern im schattenkritischen Bereich 8 h/a und 30 min/d nicht überschreiten.
- 4.2.4. Die ermittelten Daten zu Abschalt- und Beschattungszeiträumen müssen von der Abschaltvorrichtung für Wohnhäuser im schattenkritischen Bereich registriert werden. Ebenfalls sind technische Störungen des Schattenwurfmoduls und des Strahlungssensors zu registrieren. Die registrierten Daten sind drei Jahre aufzubewahren und sind dem Bauordnungsamt der Stadt Hamm auf Verlangen vorzulegen. Die aktuellen Daten für das laufende Kalenderjahr müssen jederzeit über eine Fernüberwachung abrufbar sein.
- 4.2.5. Bei einer technischen Störung des Schattenwurfmoduls oder des Strahlungssensors sind alle WEA innerhalb des im Schattenwurfgutachten ermittelten worst case-Beschattungszeitraums für alle Wohnhäuser im schattenkritischen Bereich unverzüglich manuell oder durch Zeitschaltuhr außer Betrieb zu nehmen, bis die Funktionsfähigkeit der Abschaltvorrichtung insgesamt wieder sichergestellt ist. Zwischen der Störung der Abschaltvorrichtung und der Außerbetriebnahme der WEA aufgetretener Schattenwurf ist der aufsummierten realen Jahresbeschattungsdauer hinzuzurechnen.
- 4.3. **Diskoeffekt:** Zur Vermeidung von Lichtreflexen sind die Rotorblätter mit mittelreflektierenden Farben matter Glanzgrade zu beschichten.

4.4. Ergänzende Nebenbestimmungen Flugsicherheit

- 4.4.1. Die Abstrahlung der für die Tages- und Nachtkennzeichnung eingesetzten Feuer ist so weit nach unten zu begrenzen, wie es unter Einhaltung der technischen Spezifikationen in der AVV, Anhang 1 und 3 zulässig ist. Die Nennlichtstärke der Tages- und Nachtbefeuerung ist mittels einer Sichtweitenmessung zu steuern. Dabei muss ein vom Deutschen Wetterdienst anerkanntes meteorologisches Sichtweitenmessgerät eingesetzt werden. Installation und Betrieb müssen sich nach Anhang 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen richten.
- 4.4.2. Zur Verminderung der Belästigungswirkung für die Anwohner sind die Blinkfrequenzen der Befeuerungseinrichtungen der Windenergieanlagen gemäß Ziffer 13 der AVV zu synchronisieren.

5. Nebenbestimmungen zum Baurecht

- 5.1. Das Bauvorhaben der WEA 3 verstößt gegen § 6 BauO NRW, da Abstandsflächen die Grundstücksgrenze unzulässig überschreiten. Zur Sicherung der Abstandsflächen ist die Eintragung von Baulast auf den zu belastenden Flurstücken (45/12/15) notwendig.
- 5.2. Das Bauvorhaben der WEA 4 verstößt gegen § 6 BauO NRW, da Abstandsflächen die Grundstücksgrenze unzulässig überschreiten. Zur Sicherung der Abstandsflächen ist die Eintragung von Baulast auf den zu belastenden Flurstücken (19/23/21/46) notwendig.
- 5.3. Das Brandschutzkonzept ist Bestandteil dieser Genehmigung und bei der Ausführung zu beachten.

- 5.4. Mit dem Vorhaben darf erst nach Ausräumen des Kampfmittelverdachttes begonnen werden. Setzen Sie sich daher bitte rechtzeitig vor Baubeginn mit der Feuerwehr der Stadt Hamm (Abteilung Dienstleistung, Produkte und Logistik (DPL), Hafenstraße 45, Tel.: 02381/903 250) in Verbindung.
- 5.5. Spätestens mit der Anzeige des Baubeginns sind mir die Nachweise über die Standsicherheit (statische Berechnung), die von einer/einem staatlich anerkannten Sachverständigen (SV) oder sachverständigen Stelle nach § 87 Abs. 2 Satz 1 Nr.4 BauO NRW geprüft sein müssen, vorzulegen.
Gleichzeitig mit dem Standsicherheitsnachweis sind folgende Bescheinigungen vorzulegen:
- Bescheinigung des SV über die Prüfung der Standsicherheit.
 - Erklärung des SV, dass er mit den stichprobenhaften Kontrollen der Standsicherheit während der Bauausführung (Bauüberwachung), beauftragt wurde.
- 5.6. Mit der Anzeige der abschließenden Fertigstellung sind Bescheinigungen von staatlich anerkannten Sachverständigen einzureichen, wonach sie sich durch stichprobenhafte Kontrollen während der Bauausführung davon überzeugt haben, dass die baulichen Anlagen entsprechend den in § 68 Abs. 2 BauO NRW genannten Nachweisen Brandschutz und Standsicherheit (Statik) errichtet oder geändert worden sind.
- 5.7. Werden Bauvorlagen (bautechnische Nachweise) zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingereicht, hat die Entwurfsverfasserin oder der Entwurfsverfasser jeweils durch eine Erklärung zu bestätigen, dass alle Bauvorlagen bezüglich ihres Planungs und Bearbeitungsstandes übereinstimmen (§ 7 BauPrüf VO). Diese Erklärung ist auch dann erforderlich, wenn die Bauvorlagen bereits von staatlich anerkannten Sachverständigen geprüft sind.

Hinweise Baurecht

- 5.8. Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen (§ 202 BauGB).
- 5.9. Gemäß dem Gesetz über die Landesvermessung u. das Liegenschaftskataster (Vermesungs- und Katastergesetz Nordrhein-Westfalen -VermKatG NRW-) vom 23. März 2005 (SGV NW 7134), in der zur Zeit geltenden Fassung, sind Eigentümer/innen oder Erbbauberechtigte verpflichtet, neu errichtete oder in ihrem Grundriss veränderte Gebäude/Gebäudeteile zur Fortführung des Liegenschaftskatasters auf Ihre Kosten einmessen zu lassen (§ 16 Abs. 2).
- 5.10. Der Erlass für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung (Windenergie – Erlass 2018) ist zu beachten.

6. Nebenbestimmungen zur Standsicherheit einschl. Gründung

- 6.1. Spätestens mit der Anzeige des Baubeginns sind dem Bauordnungsamt folgende Unterlagen vorzulegen:
- 6.1.1. Typenstatik zur Gesamtkonstruktion (Turm einschl. Gründung), unter Einbeziehung und Berücksichtigung des Gutachtens zur Standorteignung.
- 6.1.2. Schriftliche Benennung des SV (Prüfingenieurs) für die Bauüberwachung, einschl. einer Erklärung des SV, dass er mit den stichprobenhaften Kontrollen der Standsicherheit während der Bauausführung beauftragt wurde.
- 6.1.3. Hinweis: Falls die Ausführung der WEA nicht nach einer Typenprüfung erfolgen sollte, bzw. Nachträge erforderlich sein sollten, so sind die Standsicherheitsnachweise hierzu von dem staatlich anerkannten Sachverständigen (SV / Prüfingenieur) geprüft vorzulegen.

- 6.2. Die Typenstatik mit dem Bericht zur Typenprüfung (einschl. Prüfbemerkungen, Stellungnahmen und Hinweisen), ist Bestandteil der Genehmigung und bei der Ausführung zu beachten. Sollte eine geprüfte Statik zur Ausführung kommen, so sind analog die Auflagen und Hinweise in den Unterlagen und Prüfberichten für die Ausführung bindend.
- 6.3. Ein Bodengutachten vom 29.04.2021 (Dr.Schleicher & Partner -Gronau) liegt vor. Die dort aufgeführten Auflagen und Angaben zur Gründung, sind bei den Gründungsarbeiten zu berücksichtigen.
- 6.4. Rechtzeitig vor Baubeginn sind die Typenprüfung zur Standsicherheit (ggf. einschl. Nachträge), das Gutachten zur Standorteignung sowie das Bodengutachten dem Prüflingenieur (SV) vorzulegen.
- 6.5. Bezüglich der Gründung sind die Baugruben nach dem Aushub vom Bodengutachter für beide Anlagen abnehmen zu lassen.
Die Unbedenklichkeit für die lt. Typenprüfung (bzw. geprüfter Statik) angestrebte und vorgesehene Gründungsart, muss vom Bodengutachter unter Berücksichtigung der vorgefundenen Bodenverhältnisse schriftlich bestätigt werden.
Der Abnahmebericht (Bestätigung) im Original ist dem Prüflingenieur (SV) und dem Bauordnungsamt (vor Erstellung der Fundamente) unaufgefordert vorzulegen.
- 6.6. Spätestens bei Beantragung der Bauzustandsbesichtigung der abschließenden Fertigstellung ist dem Bauordnungsamt der abschließende Bauüberwachungsbericht des Prüflingenieurs (SV) zur durchgeführten Abnahmen für die beiden WEA (Anlagen einschl. Gründung) vorzulegen (Bescheinigung nach § 12 Abs.2 der SV-VO über die stichprobenhafte Kontrollen der Standsicherheit während der Bauausführung).

7. Nebenbestimmungen zum Brandschutz

- 7.1. Der vorhandene Teich auf dem Flurstück Gemarkung Bockum-Hövel, Flur 45, Flurstück 45 ist zu einem Löschteich gem. DIN 14210 mit 300 m³ Inhalt auszubauen und zu erhalten. Die Löschwasserversorgung kann bei schriftlicher Zustimmung durch die Feuerwehr Hamm, Sachgebiet Vorbeugender Brandschutz, auch auf andere Art und Weise sichergestellt werden.
- 7.2. Die Feuerwehrezufahrten sind in Abstimmung mit der Feuerwehr Hamm deutlich und dauerhaft zu kennzeichnen. Hierdurch soll ein Zuparken verhindert werden.
- 7.3. Die Windenergieanlage ist über das zentrale Register im „Windenergieanlagen-Notfallsystem“ zu erfassen.
- 7.4. Nach Fertigstellung ist der Feuerwehr Hamm die Möglichkeit einer Besichtigung zum Erlangen der notwendigen Ortskenntnis zu geben.

8. Nebenbestimmungen zur Geologie und Seismologie

- 8.1. Spätestens mit der Anzeige des Baubeginns ist dem Bauordnungsamt der Stadt Hamm ein überarbeitetes Baugrunduntersuchung mit aktualisierten geophysikalischen Messungen (2D-Geoelektrik) vorzulegen.
- 8.2. Das Seismologische Observatorium der Ruhr-Universität Bochum, IA 4/93, 44780 Bochum, Tel. 0234 32-27574, kasper.fischer@ruhr-uni-bochum.de ist über die Inbetriebnahme der Windenergieanlagen zu unterrichten.

9. Nebenbestimmungen zum Arbeitsschutz

- 9.1. Die Konformitätserklärung ist spätestens zum Termin der Inbetriebnahme der Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 55.4, Königstraße 22, 59821 Arnsberg zu übergeben.

- 9.2. Die in den Antragsunterlagen genannten Arbeitsschutzmaßnahmen sind für alle Betreiber verbindlich und müssen eingehalten werden.
- 9.3. Der Baubeginn und die Inbetriebnahme der Anlagen sind der Bezirks-regierung Arnberg, Dezernat 55.4, Königstraße 22, 59821 Arnberg, schriftlich spätestens eine Woche vor dem beabsichtigten Termin anzuzeigen.
- 9.4. Die Zuwegung zur jeweiligen Eingangstür des Turmes ist während der Bauzeit und dem Betrieb der Anlage so auszuführen bzw. herzurichten, dass diese entsprechend der eingesetzten Fahrzeuge und Lasten sicher befahrbar und begehbar ist.
- 9.5. In der Maschinengondel ist ständig ein Selbstrettungs- und Rettungshubgerät während des Betriebes der Windkraftanlagen vorzuhalten.
- 9.6. Der Betreiber der Windkraftanlagen hat sicherzustellen, dass während der Arbeiten innerhalb der Anlage z.B. durch Servicetechniker die Tür zum Turm leicht von außen, auch von der Feuerwehr, geöffnet werden kann, um dort Hilfe- oder Rettungsmaßnahmen durchführen zu können.
Um dies zu gewährleisten, ist in der Nähe der Turmeingangstür z.B. ein Schlüsselkasten anzubringen. Einzelheiten sind mit der Feuerwehr abzustimmen.

Hinweise

- 9.7. Windenergieanlagen unterliegen gemäß Einordnung der Europäischen Kommission in Gänze der RL 2006/42/EG. Mit Ausstellung der EG-Konformitätserklärung sowie der Anbringung der CE-Kennzeichnung an eine WEA, bestätigt der Hersteller die Konformität der betreffenden WEA mit den Vorgaben der RL 2006/42/EG, und dass er dies mit Hilfe des erforderlichen Konformitätsbewertungsverfahrens ermittelt hat. Dies schließt die Bestätigung ein, dass die WEA die Vorgaben des Produktsicherheitsrechts hinsichtlich Sicherheit und Gesundheit von Personen bei bestimmungsgemäßer oder vorhersehbarer Verwendung, also auch arbeitsschutzrelevante Belange erfüllt.
- 9.8. Die Rettungsleitstellen sind vor Baubeginn über den genauen Standort der Anlagen sowie die mögliche Anfahrt zu den Anlagen zu informieren. Darüber hinaus sind die Anlagen zur Inbetriebnahme eindeutig, von außen gut sichtbar zu kennzeichnen. Hier ist beispielhaft das "Windenergieanlagen-Notfall-Informationssystem (WEA-NIS)", das unter www.wea-nis.de genutzt werden kann, zu nennen.
- 9.9. Auf die Bestimmungen der Baustellenverordnung wird hingewiesen.

10. Nebenbestimmungen zum Denkmalschutz

- 10.1. Hinweis: Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d. h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden.
Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Hamm als Untere Denkmalbehörde (02381/1700, Fax: 02381/172920) und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (02761/93750; Fax: 02761/937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 15 u. 16 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird.
Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monate in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen).

11. Nebenbestimmungen zur Erschließung

- 11.1. An den Zu- und Abfahrtstreckern ist vor Beginn der Bauarbeiten eine Bestandsaufnahme durchzuführen. Eventuell nach dem Bau festgestellte Schäden hat der Bauherr auf seine Kosten durch ein Tiefbauunternehmen zu beseitigen.
- 11.2. Alle erforderlichen Veränderungen im öffentlichen Verkehrsraum (z.B. Absenkung des Gehweges/ Herstellung einer Grundstückszufahrt, Baumbeseitigung im öffentlichen Verkehrsraum) sind beim Bautechnischen Bürgeramt der Stadt Hamm zu beantragen.
Die oben genannten Veränderungen sowie daraus resultierenden Instandsetzungsarbeiten (z.B. Wiederherstellung des Gehweges) gehen zu Lasten des Antragsstellers und müssen laut Anweisung der Stadt Hamm verkehrssicher hergerichtet werden.
Die Umsetzung von Straßenleuchten und Versorgungseinrichtungen (z.B. Stromverteilerkästen) sind bei der Stadtwerke Hamm GmbH zu beantragen.

12. Nebenbestimmungen zur zivilen Flugsicherheit

- 12.1. Es ist eine Tages- und Nachtkennzeichnung gemäß der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (AVV; NfL 1-2051-20 vom 24.09.2020) anzubringen und eine Veröffentlichung als Luftfahrthindernis zu veranlassen.
- 12.2. Da eine Tageskennzeichnung für die Windkraftanlagen erforderlich ist, sind die Rotorblätter der Windkraftanlage weiß oder grau auszuführen; im äußeren Bereich sind sie durch 3 Farbfelder von je 6 m Länge
 - a) außen beginnend 6 m orange – 6 m weiß – 6 m orange oder
 - b) außen beginnend mit 6 m rot – 6 m weiß oder grau – 6 m rot zu kennzeichnen. Hierfür sind die Farbtöne verkehrsweiß (RAL 9016), grauweiß (RAL 9002), lichtgrau (RAL 7035), achatgrau (RAL 7038), verkehrsorange (RAL 2009) oder verkehrsrot (RAL 3020) zu verwenden. Die Verwendung entsprechender Tagesleuchtfarben ist zulässig.
- 12.3. Aufgrund der beabsichtigten Höhe der WKA ist das Maschinenhaus auf halber Höhe rückwärtig umlaufend mit einem 2 m hohen orange/ roten Streifen zu versehen. Der Streifen darf durch grafische Elemente und/ oder konstruktionsbedingt unterbrochen werden; grafische Elemente dürfen maximal ein Drittel der Fläche der jeweiligen Maschinenhausseite beanspruchen.
- 12.4. Der Mast ist mit einem 3 m hohem Farbring in orange/ rot, beginnend in 40 m über Grund/ Wasser, zu versehen. Bei Gittermasten muss dieser Streifen 6 m hoch sein. Die Markierung kann aus technischen Gründen oder bedingt durch örtliche Besonderheiten versetzt angeordnet werden.
- 12.5. Am geplanten Standort können abhängig von der Hindernissituation ergänzend auch Tagesfeuer (Mittelleistungsfeuer Typ A, 20 000 cd, gemäß ICAO Anhang 14, Band I, Tabelle 6.1 und 6.3 des Chicagoer Abkommens) gefordert werden, wenn dieses für die sichere Durchführung des Luftverkehrs als notwendig erachtet wird. Das Tagesfeuer muss auf dem Dach des Maschinenhauses gedoppelt installiert werden. Außerhalb von Hindernisbegrenzungsflächen an Flugplätzen darf das Tagesfeuer um mehr als 50 m überragt werden.
- 12.6. Die Nachtkennzeichnung von WEA'en mit einer maximalen Höhe von 315 m ü. Grund/ Wasser erfolgt durch Feuer W, rot oder Feuer W, rot ES.

In diesen Fällen ist eine zusätzliche Hindernisbefeuerungsebene, bestehend aus Hindernisfeuer (ES), am Turm auf der halben Höhe zwischen Grund/ Wasser und der Nachtkennzeichnung auf dem Maschinenhausdach erforderlich. Sofern aus technischen Gründen notwendig, kann bei der Anordnung der Befeuerungsebene um bis zu 5 m nach oben/ unten abgewichen werden. Dabei müssen aus jeder Richtung mindestens 2 Hindernisfeuer sichtbar sein. Ist

- eine zusätzliche Infrarotkennzeichnung (AVV, Anhang 3) vorgesehen, ist diese auf dem Dach des Maschinenhauses anzubringen.
- 12.7. Es ist (z. B. durch Doppelung der Feuer) dafür zu sorgen, dass auch bei Stillstand des Rotors sowie bei einer Blinkfrequenz synchronen Drehzahl mindestens ein Feuer aus jeder Richtung sichtbar ist. Der Einschaltvorgang erfolgt grundsätzlich über einen Dämmerungsschalter gem. der AVV, Nr. 3.9.
 - 12.8. Das Feuer W rot, bzw. Feuer W, rot ES sind so zu installieren, dass immer mindestens ein Feuer aus jeder Richtung zu sehen ist. Gegebenenfalls müssen die Feuer gedoppelt, jeweils versetzt auf dem Maschinenhausdach – nötigenfalls auf Aufständern - angebracht werden. Dabei ist zu beachten, dass die gedoppelten Feuer gleichzeitig (synchron blinkend) betrieben werden. Das gleichzeitige Blinken ist erforderlich, damit die Feuer der WEA während der Blinkphase nicht durch einen Flügel des Rotors verdeckt werden.
 - 12.9. Die Blinkfolge der Feuer auf WEA'en ist zu synchronisieren. Die Taktfolge ist auf 00.00.00 Sekunden gem. UTC mit einer zulässigen Null- Punkte- Verschiebung von +/- 50 ms zu starten.
 - 12.10. Für die Ein- und Ausschaltvorgänge der Nachtkennzeichnung bzw. Umschaltung auf das Tagesfeuer sind Dämmerungsschalter, die bei einer Umfeldhelligkeit von 50 bis 150 Lux schalten, einzusetzen.
 - 12.11. Bei Ausfall der Spannungsquelle muss sich die Befuerung automatisch auf ein Ersatzstromnetz umschalten.
 - 12.12. Mehrere in einem bestimmten Areal errichtete Windenergieanlagen können als Windenergieanlagenblöcke zusammengefasst werden. Grundsätzlich bedürfen nur die Anlagen an der Peripherie des Blocks, nicht aber innerhalb des Blocks befindlichen Anlagen einer Kennzeichnung durch Feuer für die Tages- und Nachtkennzeichnung. Übertagen einzelne Anlagen innerhalb eines Blocks signifikant die sie umgebenden Hindernisse, so sind diese ebenfalls zu kennzeichnen. Hinweis: Bei einer Gefahr für die Sicherheit des Luftverkehrs wird die Peripheriebefuerung durch die Bezirksregierung Münster untersagt.
 - 12.13. Bei Feuern mit sehr langer Lebensdauer des Leuchtmittels (z. B. LED), kann auf ein Reserveleuchtmittel verzichtet werden, wenn die Betriebsdauer erfasst und das Leuchtmittel bei Erreichen des Punktes mit 5 % Ausfallwahrscheinlichkeit getauscht wird. Bei Ausfall des Feuers muss eine entsprechende Mitteilung an den Betreiber erfolgen.
 - 12.14. Störungen der Feuer, die nicht sofort behoben werden können, sind der NOTAM-Zentrale in Frankfurt/ Main unter der Rufnummer 06103 707 5555 oder per E-Mail notam.office@dfs.de unverzüglich bekannt zu geben. Der Ausfall der Kennzeichnung ist so schnell wie möglich zu beheben. Sobald die Störung behoben ist, ist die NOTAM-Zentrale unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen. Ist eine Behebung innerhalb von 2 Wochen nicht möglich, ist die NOTAM- Zentrale und die zuständige Genehmigungsbehörde nach Ablauf von 2 Wochen erneut zu informieren.
 - 12.15. Für den Fall einer Störung der primären elektrischen Spannungsversorgung muss ein Ersatzstromversorgungskonzept vorliegen. Der Betrieb der Feuer ist grundsätzlich bis zur Wiederherstellung der Spannungsversorgung sicherzustellen. Die Zeitdauer der Unterbrechung zwischen Ausfall der Netzversorgung und Umschalten auf die Ersatzstromversorgung darf 2 Minuten nicht überschreiten. Diese Vorgabe gilt nicht für die Infrarotkennzeichnung.
 - 12.16. Eine Reduzierung der Nennlichtstärke beim Tagesfeuer und „Feuer W, rot“ und Feuer W rot ES ist nur bei Verwendung der vom Deutschen Wetterdienst (DWD) anerkannten meteorologischen Sichtweitenmessgeräte möglich. Installation und Betrieb haben nach den Bestimmungen des Anhangs 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen zu erfolgen.

- 12.17. Sollten Kräne zum Einsatz kommen, sind diese ab 100 m ü. Grund mit einer Tageskennzeichnung und an der höchsten Stelle mit einer Nachtkennzeichnung (Hindernisleuchte) zu versehen.
- 12.18. Die in den Auflagen geforderten Kennzeichnungen sind nach Erreichen der jeweiligen Hindernishöhe zu aktivieren und mit Notstrom zu versorgen.
- 12.19. Der Betreiber hat den Ausfall der Kennzeichnung unverzüglich zu beheben.
- 12.20. Da die WEAs aus Sicherheitsgründen als Luffahrthindernis veröffentlicht werden müssen, ist der Baubeginn unaufgefordert rechtzeitig unter Angabe des Aktenzeichens 26.01.01.07 Nr. 62-20 der Bezirksregierung Münster, Dezernat 26, Herr Steiner, 48128 Münster (andreas.steiner@brms.nrw.de) bekanntzugeben. Dabei sind folgende endgültige Veröffentlichungsdaten für die Anlage anzugeben:

- (1) Mindestens 6 Wochen vor Baubeginn dieses Datum und
- (2) Spätestens 4 Wochen nach Errichtung die endgültigen Vermessungsdaten zu übermitteln, um die Vergabe der ENR-Nr. und die endgültige Veröffentlichung in die Wege leiten zu können.

Diese Meldung der endgültigen Daten umfasst dann die folgenden Details:

- (a) DFS-Bearbeitungsnummer
- (b) Name des Standortes
- (c) Art des Luffahrthindernisses
- (d) Geogr. Standortkoordinaten [Grad, Min., Sek. mit Angabe des Bezugsellipsoid (Bessel, Krassowski oder WGS 84 mit einem GPS-Empfänger gemessen)]
- (e) Höhe der Bauwerksspitze [m ü. Grund]
- (f) Höhe der Bauwerksspitze [m ü. NN, Höhensystem: DHHN 92]
- (g) Art der Kennzeichnung [Beschreibung]

13. Nebenbestimmungen zur militärischen Flugsicherheit

- 13.1. Vier Wochen vor Baubeginn sind dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen des Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn unter Angabe des Zeichens III-375-20-BIA alle endgültigen Daten wie Art des Hindernisses, Standort mit geographischen Koordinaten in WGS 84, Höhe über Erdoberfläche, Gesamthöhe über NN, ggf. Art der Kennzeichnung und Zeitraum Baubeginn bis Abbauende, anzuzeigen.
- 13.2. Hinweis: Bei Änderung der Bauhöhe, des Bautyps oder der Standortkoordinaten ist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr erneut zu beteiligen

14. Nebenbestimmungen zum Wasserrecht

- 14.1. Hinweis: Für die Entwässerung des anfallenden Niederschlagswassers ist ein Antrag auf Wasserrechtliche Erlaubnis gem. §§ 8, 10 Wasserhaushaltsgesetz zur Einleitung in ein Gewässer beim Umweltamt, Untere Wasserbehörde, Gustav-Heinemann-Str. 10, 59065 Hamm in 3-facher Ausfertigung einzureichen. Antragsformulare befinden sich unter www.hamm.de/wasser/niederschlagswasser.

15. Nebenbestimmungen zum Artenschutz

- 15.1. Die „Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf den Seiten 30 bis 39 in Kapitel „8 Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen“ des „Landschaftspflegerischen Begleitplans“ (LBP) und auf der Seite 33 in Kapitel 7.1 „Vorschläge zu allgemeinen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ der „Faunistischen Kartierung und Artenschutzprüfung“ (ASP) sind zu beachten und durchzuführen.

- 15.2. Die Ausgleichsmaßnahmen auf den Seiten 40 bis 43 in Kapitel „9.2 Ermittlung der landschaftsökologischen Ausgleichsfläche“ und im Anhang auf Seite 55 in Kapitel „12.1 Vorgaben zur Bepflanzung der Obstwiese (Auswahl und -größe)“ des LBP sind wie dort beschrieben durchzuführen, zu unterhalten und bei Verlust zu ersetzen.
- 15.3. Eine Tagesbefeuerung ist gemäß Kapitel 8.8 „Allgemeine Minimierungsmaßnahmen“ auf Seite 38 des LBP zu unterlassen. Dies dient auch der Vermeidung vermeidbarer Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft gem. § 15 Abs. 1 BNatSchG und der Umsetzung artenschutzrechtlicher Vermeidungsmaßnahmen gem. dem gemeinsamen Runderlass des MKULNV und des MBWSV „Lichtimmissionen, Messung, Beurteilung und Verminderung“.
- 15.4. Die Nachtbefeuerung ist gemäß Kapitel 8.8 „Allgemeine Minimierungsmaßnahmen“ auf Seite 38 des LBP bedarfsgerecht und gemäß Kapitel 7.1 „Vorschläge zu allgemeinen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf Seite 33 der ASP als „gedimmte Befeuerung“ zu aktivieren und auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren und mit der Nachtbefeuerung der beiden benachbarten Windenergieanlagen der Fa. Windenergie Ameke / Hölter GmbH & Co. KG auf dem angrenzenden Stadtgebiet Drensteinfurt-Ameke, zu synchronisieren (Vermeidung vermeidbarer Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft gem. § 15 Abs. 1 BNatSchG).
- 15.5. Die Vermeidungsmaßnahmen für die Gruppe der Fledermäuse (Abschaltalgorithmen und ggf. Gondelmonitoring) auf der Seite 34 in Kapitel „7.2 Vorschläge zu Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen für die Gruppe der Fledermäuse“ der ASP und auf den Seiten 35 bis 36 in Kapitel „8.3.2 Maßnahmen Fledermäuse aus der ASP“ des LBP sind wie dort beschrieben, zu beachten und durchzuführen. Das evtl. Gondelmonitoring ist fachgutachterlich zu begleiten und vorher mit der Genehmigungsbehörde und der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.
- 15.6. Die Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen für die Brutvogelarten Kiebitz und Feldlerche auf der Seite 40 in Kapitel „8.1 Betrachtung der Stufe II Kiebitz“ und auf der Seite 42 in Kapitel „8.2 Betrachtung der Stufe II Feldlerche“ der ASP und auf der Seite 32 in Kapitel „8.3.1.1 Kiebitz / Feldlerche“ des LBP sind zu beachten und durchzuführen.
- 15.7. Die CEF-Maßnahmen für die Brutvogelarten Kiebitz und Feldlerche auf den Seiten 38 und 39 in Kapitel „8.1 Betrachtung der Stufe II Kiebitz“ und auf der Seite 42 in Kapitel „8.1 Betrachtung der Stufe II Feldlerche“ der ASP und auf den Seiten 32 bis 34 in Kapitel „8.3.1.1 Kiebitz / Feldlerche“ des LBP sind wie dort beschrieben, zu beachten und durchzuführen. Die detaillierte Umsetzung und genaue Lage der Maßnahmen ist mit der ökologischen Baubegleitung und der Unteren Naturschutzbehörde vorher abzustimmen.
- 15.8. Die CEF-Maßnahmen für die Brutvogelarten Steinkauz und Schleiereule auf der Seite 45 in Kapitel „8.3 Betrachtung der Stufe II Steinkauz“ und auf der Seite 48 in Kapitel „8.4 Betrachtung der Stufe II Schleiereule“ der ASP und auf der Seite 35 in den Kapiteln „8.3.1.2 Schleiereule“ und „8.3.1.3 Steinkauz“ des LBP sind wie dort beschrieben, zu beachten und durchzuführen.
- 15.9. Die o.g. CEF-Maßnahmen für die Brutvogelarten Kiebitz und Feldlerche auf den Seiten 38, 39 und 42 der ASP und auf den Seiten 32 bis 34 des LBP und Rohrweihe auf der Seite 28 der ASP sind für die Dauer des Eingriffs (Bau, Betrieb und Rückbau nach Einstellung des Betriebes der beiden Windenergieanlagen des Typs „Vestas V150-56/6.0, Gesamthöhe 223 m“ und „Vestas V150-56/6.0, Gesamthöhe 241 m“ zu erhalten und zu unterhalten.
- 15.10. Die Ausgleichsmaßnahmen auf den Seiten 40 bis 43 des LBP und die o.g. CEF-Maßnahmen für die Brutvogelarten Kiebitz und Feldlerche auf den Seiten 38, 39 und 42 der ASP und auf den Seiten 32 bis 34 des LBP und Rohrweihe auf der Seite 28 der ASP sind gemäß § 15 Abs. 4 BNatSchG rechtlich zu sichern, z.B. durch Eintragung in das Grundbuch. Die grundbuchliche Sicherung ist der Unteren Naturschutzbehörde und der Immissionsschutzbehörde z.B. durch Vorlage der Eintragungsbekanntmachung anzuzeigen.

- 15.11. Es ist ein geeignetes fachgutachterliches Büro mit der ökologische Baubegleitung zu beauftragen. Die ökologische Baubegleitung soll u.a. die Einhaltung und Durchführung der Vermeidungsmaßnahmen und der Kompensationsmaßnahmen (Ausgleichsmaßnahmen und CEF-Maßnahmen) überprüfen und begleiten. Die ökologische Baubegleitung umfasst auch die Durchführung und Begleitung des maßnahmenbezogenen Monitorings für die Brutvogelarten Kiebitz und Feldlerche auf den Seiten 38, 39 und 42 der ASP und auf den Seiten 32 bis 34 des LBP und die Durchführung und Begleitung der Vermeidungsmaßnahmen für die Fledermäuse „Abschaltalgorithmus und ggf. Gondelmonitoring“ auf der Seite 34 der ASP und auf den Seiten 35 und 36 des LBP. Nach Abschluss der ökologischen Baubegleitung ist der Unteren Naturschutzbehörde und der Immissionsschutzbehörde eine aussagekräftige kurze Dokumentation über die dann erfolgte ökologische Baubegleitung zur Kenntnis und zum Verbleib vorzulegen.
- 15.12. Hinweis: Gemäß § 15 Abs. 6 Bundesnaturschutzgesetz in Verbindung mit dem Windenergie-Erlass NRW wird für die Beeinträchtigung in das Landschaftsbild eine Ersatzzahlung festgesetzt. Die Ersatzzahlung wird wie auf den Seiten 44 bis 49 im Kapitel „9.3 Ermittlung des landschaftsästhetischen Kompensationsbedarfs“ des LBP dargestellt berechnet. Die Festsetzung der Ersatzzahlung erfolgt mit gesondertem Bescheid.
- 16. Nebenbestimmungen zur Erdgashochdruckleitung**
Im Bereich der geplanten Baumaßnahme verläuft die in einem Schutzstreifen von 8 m Breite (4 m zu beiden Seiten) verlegte Gasfernleitung L07313, Telgte – Gersteinwerk.
- 16.1. Zur genauen Bestimmung der Lage und Erdüberdeckungen sind nach Abstimmung mit der Thyssengas GmbH (LBZ 3, Telefon 02361 / 95731-2113) Probeaufgrabungen durchzuführen. Hinweis: Sind Längenprofile vorhanden, beziehen sich die angegebenen Höhenzahlen ü. NN auf den Verlegungszeitpunkt. Zwischenzeitliche Niveauänderungen wurden nicht nachgetragen.
- 16.2. Eine Bebauung bzw. Überbauung des Schutzstreifens ist nicht möglich, da das Errichten von geschlossenen Bauwerken und überdachte bauliche Anlagen innerhalb des Schutzstreifens gemäß den für diese Leitung gültigen Regeln Arbeitsblatt G 463, des DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.) nicht gestattet ist. Darüber hinaus dürfen keine sonstigen Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder den Betrieb der Gasleitung beeinträchtigt oder gefährden. Es dürfen auch keine Dachüberstände in den Schutzstreifenbereich hineinreichen.
- 16.3. Kranstandorte für den Aufbau der Windenergieanlage dürfen nicht in den Leitungsschutzstreifen gelegt werden. Bitte stimmen Sie sicherheitshalber mögliche Kranstandorte, sowie Standorte für eventuell benötigte Schutzgerüste, Baumaschinen etc. unserer zuständigen Betriebsstelle LBZ 3, Telefon 02361 / 95731-2113 ab.
- 16.4. Das Anlegen einer Zufahrt für die Anlieferung der Windenergieanlagen im Bereich der Leitung ist möglich, die Befestigung sollte aber mit Verbundsteinpflaster, Asphalt oder Schotter erfolgen. Vor dem Bau einer Zuwegung wird die Thyssengas GmbH die Rohrisolierung durch Intensivmessung auf eventuelle Schäden untersuchen, die ggf. vorher beseitigt werden.
- 16.5. Bei unbefestigter Oberfläche kann das Überfahren der Gasfernleitung in Längs- bzw. Querrichtung nur nach erfolgten druckverteilenden Maßnahmen – wie Auslegen von Baggermatratzen oder dergleichen – und mit Zustimmung der Thyssengas GmbH erfolgen. Bitte geben Sie den Transportweg für die Anlieferung der Windenergieanlagen rechtzeitig bekannt (Thyssengas GmbH, LBZ 3, Telefon 02361 / 95731-2113).
- 16.6. Das Befahren der Leitungstrassen mit Raupen- oder Kettenfahrzeugen oder sonstigen Lastkraftwagen und Abräummaschinen ist ohne Zustimmung der Thyssengas GmbH nicht erlaubt. Erforderlich werdende Überfahrten sind mit dem zuständigen Netzmeister

- abzustimmen und nach seinen Angaben durch geeignete Maßnahmen (z. B. Baggermatratzen, bewährte Betonplatten o. a.) zu sichern.
- 16.7. Bodenabtrag bzw. -auftrag ist nur bis zu einer verbleibenden Gesamtüberdeckung der Leitung von mindestens 1,0 m bis höchstens 1,5 m erlaubt.
 - 16.8. Oberflächenbefestigungen in Beton sind nicht zulässig.
 - 16.9. Der Ausbau der Zuwegung ist unter Berücksichtigung der zu erwartenden Verkehrslast (SLW 30 bzw. SLW 60) so herzustellen, dass Setzungen im Ausbaubereich der Gasfernleitung ausgeschlossen werden können.
 - 16.10. Bei Rammarbeiten in Leitungsnähe sind Schwingungsmessungen erforderlich. Falls die max. zulässige resultierende Schwingungsgeschwindigkeit $V < 30$ mm/sec überschritten wird, sind Maßnahmen zur Reduzierung der Schwingungsgefährdung vorzusehen.
 - 16.11. Die Standsicherheit der Gasfernleitung muss auch während der Bauzeit gewährleistet bleiben, d. h., dass die Spundwand absolut standfest erstellt werden muss. Sollten Absackungen im Leitungsbereich entstehen, müsste die Leitung auf Kosten der Antragstellerin freigelegt und wieder in einen spannungsfreien Zustand gebracht werden.
 - 16.12. Baustelleneinrichtungen oder das Lagern von Bauelementen und schwertransportablen Materialien sind im Leitungsschutzstreifen nicht gestattet.
 - 16.13. Das Lagern von Mutterboden, sonstigem Bodenabtrag oder Materialien ist im Schutzstreifen nicht gestattet. Niveauänderungen dürfen in diesem Bereich ebenfalls nicht vorgenommen werden.
 - 16.14. Schutzstreifen der Gasfernleitung muss jederzeit begehbar und sichtfrei bleiben.
 - 16.15. Verlegen von Leitungen, Kanälen, Kabeln und Drainagen. Bei offener Bauweise sind die lichten Abstände unter Berücksichtigung der Leitungsdurchmesser, der örtlichen und technischen Gegebenheiten und der betrieblichen Belange festzulegen. Sie sollen 0,40 m bei Kreuzungen und in kurzen Abständen 2,00 m bei Parallelführungen nicht unterschreiten. Sollte nicht in offener Bauweise verlegt werden, ist das Verfahren mit der Thyssengas GmbH im Detail abzustimmen und die Abstände zur Leitung sowie die begleitende Einmessung festzulegen. Dieses hat rechtzeitig einige Werkstage vor Baubeginn zu erfolgen.
 - 16.16. Freigelegte Rohre und leitungszugehörige Bestandteile, einschließlich eventuell vorhandener Begleitkabel, sind durch Schutzmaßnahmen vor mechanischen Beschädigungen zu schützen.
 - 16.17. Im Parallelführungsbereich der Anlagen ist der Verlegegraben sorgfältig anzulegen und zu verbauen. Zur Vermeidung unerwünschter Bodensetzungen im Leitungsbereich ist das eingebrachte Verfüllungsmaterial sorgfältig zu verdichten. Sollten dennoch nennenswerte Bodensetzungen auftreten, müsste der entsprechende Leitungsabschnitt mit erheblichem Kostenaufwand zu Lasten des Verursachers zum Spannungsabbau freigelegt werden.
 - 16.18. Die Baugrube im Kreuzungsbereich ist sorgfältig anzulegen, wobei die freigelegte Leitungslänge das Maß von max. 3 m (Stützweite) nicht überschreiten darf. Bei der Verfüllung des Rohrgrabens muss die Leitung in einer Schichtdicke von mindestens 0,2 m allseitig in Sand eingebettet werden.
 - 16.19. Auskofferungs- und Verdichtungsarbeiten dürfen nur dann maschinell erfolgen, wenn über der Leitung bzw. dem eventuell vorhandenen Begleitkabel ein Erdpolster von 0,5 m gewährleistet ist und Verdichtungsgeräte, deren Erregerkraft pro Aufstandsfläche den Wert von 8,5 N/cm² nicht überschreiten, eingesetzt werden.
 - 16.20. Bei Durchpressungsmaßnahmen sind die entsprechenden Leitungsabschnitte vorsorglich freizulegen, um den Pressvorgang in den Leitungsbereichen beobachten zu können. Die Pressgruben sind in Absprache mit unserer Betriebsstelle an Ort und Stelle festzulegen.

- 16.21. Bei Bohr-Spül-Verfahren (HDD) ist bei Kreuzungen ein lichter Abstand von mindestens 2 m einzuhalten. Bei Parallelführungen ist grundsätzlich eine Verlegung außerhalb des Schutzstreifenbereiches anzustreben. Die Start-/Zielgruben sind in Absprache mit der Betriebsstelle der Thyssengas GmbH an Ort und Stelle festzulegen. Die Höhenlage ist der Thyssengas GmbH in einem Bohr-Protokoll nachzuweisen. Wenn aufgrund der grabenlosen Verlegung mit Setzungen zu rechnen ist, ist eine gesonderte Abstimmung mit der zuständigen Betriebsstelle der Thyssengas GmbH erforderlich.
- 16.22. Kabelschächte, Abzweigkästen, Stromverteilerkästen und Multifunktionsgehäuse sind außerhalb des Schutzstreifens anzuordnen. Bei entstehenden Zwangslagen ist eine Abstimmung mit der zuständigen Betriebsstelle der Thyssengas GmbH in der Örtlichkeit vorzunehmen.
- 16.23. Bei Näherungen im Horizontalabstand unter 1,0 m und im Vertikalabstand unter 0,5 m zu den Anlagen dürfen Erdarbeiten nur von Hand ausgeführt werden.
- 16.24. Hinweis: Die Gasrohrleitungen unterliegen einer Hochspannungsbeeinflussung. Bei Arbeiten an den Gasrohrleitungen besteht eine elektrische Gefährdung durch hohe Berührungsspannungen. Es sind die Schutzmaßnahmen gemäß dem DVGW Arbeitsblatt GW 22 oder Thyssengas Betriebsanweisung 130.1 anzuwenden. Die konkreten Sicherungsmaßnahmen sind mit der zuständigen Betriebsstelle der Thyssengas GmbH abzustimmen.
- 16.25. Die dem Bescheid beigefügte „Allgemeine Schutzanweisung für Gasfernleitungen (inkl. Begleitkabel) der Thyssengas GmbH (TG)“ ist einzuhalten.
- 16.26. Mindestens drei Arbeitstage vor Baubeginn ist für die örtliche Abstimmung der Arbeiten die zuständige Betriebsstelle zu verständigen: LBZ 3, Telefon 02361 / 95731-2113, zuständiger Netzmeister Onischke, Lukas. Von dort erfolgt vor Verfüllen der Baugruben die Abnahme und ggf. die Einmessung der im Schutzstreifenbereich vorgenommenen unterirdischen Einbauten.
- 16.27. Sollten bei der Durchführung der Arbeiten Schäden an den Gasfernleitungen entstehen, sind unverzüglich LBZ 3, Telefon 02361 / 95731-2113 oder die ständig besetzte Leitzentrale unter der Rufnummer 0800 0 010345 zu benachrichtigen. Aus Sicherheitsgründen sind die Arbeiten im Bereich der Schadstelle einzustellen, bis der Schaden durch Fachleute der Thyssengas GmbH begutachtet worden ist und die Arbeiten wieder freigegeben werden.
- 16.28. Die Bauaufsicht bzw. ausführende Firma hat auf Verlangen das Schreiben der Thyssengas GmbH (20220812_0016_V01) vom 12.08.2022 inklusive Anlagen vorzulegen und den Nachweis von der Kenntnis unserer Auflagen und Schutzanweisung zu erbringen.

17. Allgemeine Hinweise

- I. Der Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht von der Genehmigung eingeschlossen sind.
- II. Die Genehmigung erlischt, wenn
 1. innerhalb der im Genehmigungstenor gesetzten Frist nicht mit dem Betrieb der Anlage begonnen
 - o d e r
 2. die Anlage während eines Zeitraumes von mehr als 3 Jahren nicht mehr betrieben worden ist.Die Genehmigung erlischt ferner, soweit das Genehmigungserfordernis aufgehoben wird.

Die Genehmigungsbehörde kann auf Antrag die Fristen zu 1. und 2. aus wichtigem Grunde verlängern, wenn hierdurch der Zweck des Gesetzes nicht gefährdet wird (§ 18 BImSchG).
- III. Die ordnungsbehördliche Verordnung über die unverzügliche Anzeige von umweltrelevanten Ereignissen beim Betrieb von Anlagen – Umwelt-Schadensanzeige-Verordnung – vom 21.02.1995 (GV. NRW S. 196/SGV. NRW 28) in der zurzeit geltenden Fassung ist zu beachten.
- IV. Jede Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes der Anlage ist, sofern eine Genehmigung nicht beantragt wird, dem Bauordnungsamt – Sachgebiet Immissionsschutz – der Stadt Hamm mindestens einen Monat, bevor mit der Änderung begonnen werden soll, schriftlich anzuzeigen, wenn sich die Änderung auf die in § 1 BImSchG genannten Schutzgüter auswirken kann (§ 15 BImSchG).
- V. Jede wesentliche Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes der Anlage bedarf der erneuten Genehmigung, wenn durch die Änderung nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden können und diese für die Prüfung nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG erheblich sein können. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn durch die Änderung hervorgerufene nachteilige Auswirkungen offensichtlich gering sind und die Erfüllung der sich aus § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG ergebenden Anforderungen sichergestellt ist (§ 16 Abs. 1 BImSchG).
- VI. Der Betreiber der Anlage oder die im Rahmen der Geschäftsbefugnis dafür verantwortliche Person hat der zuständigen Behörde mitzuteilen, auf welche Weise sichergestellt ist, dass die dem Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und vor sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen dienenden Vorschriften und Anordnungen beim Betrieb beachtet werden (§ 52 b Abs. 2 BImSchG).

IV. Begründung

1. Antragsgegenstand und Verfahrensablauf

Der Antrag vom 14.03.2016, zuletzt vervollständigt am 27.06.2022, bezweckt die Erteilung einer **Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von zwei Anlagen zur Nutzung von Windenergie auf** den Grundstücken in der Gemarkung Bockum-Hövel, Flur 45, Flurstücke 46 und 17.

Die Anlage gehört zu den unter Nr. 1.6.2 des Anhangs der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440) genannten Anlagen.

Hier: Anlagen zur Nutzung von Windenergie mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern und weniger als 20 Windkraftanlagen.

Das beantragte Vorhaben bedarf gemäß §§ 4 und 6 Bundes-Immissionsschutzgesetz der Genehmigung.

Genehmigungsbehörde ist die Stadt Hamm als Untere Umweltschutzbehörde nach Maßgabe der Bestimmungen des Ersten Abschnittes des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit §§ 1 und 2 der 4. BImSchV und Nr. 1.6.2 des Anhangs der 4. BImSchV sowie §1 Abs. 3 der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) vom 03.02.2015 (GV.NRW.S.662/SGV.NRW 282) in der zurzeit geltenden Fassung.

Der Antragsteller hat gemäß § 7 Abs. 3 UVPG die Durchführung einer UVP beantragt (zur Windfarmdefinition siehe unten). Das Genehmigungsverfahren wurde als förmliches Genehmigungsverfahren gemäß § 10 BImSchG mit integrierter UVP durchgeführt.

Das Verfahren für die Erteilung der Genehmigung ist nach den Bestimmungen der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV) vom 29.05.1992 (BGBl. I S. 1001) in der zurzeit geltenden Fassung durchzuführen.

Die Antragsunterlagen wurden den im Folgenden genannten Trägern öffentlicher Belange zu Stellungnahme vorgelegt. Diese haben den Antrag auf die Beachtung der bestehenden Vorschriften hin geprüft.

Es liegen vor die Stellungnahmen

der Bundeswehr (militärische Luftfahrtbehörde)	vom 01.12.2020,
der Bezirksregierung Münster (zivile Luftfahrbehörde)	vom 13.01.2021,
des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung	vom 01.04.2021,
des Stadtplanungsamtes der Stadt Hamm	vom 18.10.2021,
der Umweltamtes	vom 02.02.2022,
der Feuerwehr	vom 10.03.2022 und 13.07.2022,
des Seismologischen Observatorium	vom 15.03.2022,
der Stadt Ascheberg	vom 21.03.2022,
der Stadt Drensteinfurt	vom 21.03.2022,
der Unteren Denkmalbehörde	vom 28.03.2022,
des Geologischen Dienstes NRW	vom 06.04.2022,
der Bundesnetzagentur	vom 07.04.2022,
der Bezirksregierung Arnsberg (Bergbau)	vom 28.04.2022,
des Bauordnungsamtes der Stadt Hamm (Statik)	vom 04.05.2022,
des Bauordnungsamtes der Stadt Hamm	vom 13.07.2022,
der Bezirksregierung Arnsberg (Arbeitsschutz)	vom 21.07.2022,
der Thyssengas GmbH	vom 12.08.2022 und 22.08.2022.

Danach bestehen bei Einhaltung der vorgeschlagenen Nebenbestimmungen gegen die Erteilung der beantragten Genehmigung keine Bedenken.

Bei der Prüfung der Frage, welche Anforderungen

- zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen

s o w i e

- zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen

nötig sind, sind insbesondere die

Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft
(TA Luft) vom 18.08.2021 (GMBl. S. 1050)

u n d d i e

Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
(TA Lärm) vom 26.08.1998 (GMBl. S. 503)

s o w i e d i e

diesbezüglichen Verwaltungsvorschriften des
Landes Nordrhein-Westfalen (SMBl. NRW. 7130)

zu berücksichtigen.

Die Abstandsflächen für Windenergieanlagen regelt § 6 Abs. 13 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW). § 6 Abs. 13 Satz 2 BauO NRW legt fest, dass die Tiefe der Abstandsfläche sich nach 50 Prozent der größten Höhe der Windenergieanlage bemisst. Diese setzt sich nach § 6 Abs. 13 Satz 3 aus der Höhe der Rotorachse über der geometrischen Mitte des Mastes und dem Rotorradius zusammen. Die Berechnung der Tiefe der Abstandsfläche ist daher wie folgt zu ermitteln:

WEA 3

Rotorachse über der Geländeoberfläche:	148 Meter
Rotorradius:	150 Meter
Gesamt:	223 Meter
Tiefe der Abstandsfläche (Gesamt x 0,5)	111,5 Meter

WEA 4

Rotorachse über der Geländeoberfläche:	166 Meter
Rotorradius:	150 Meter
Gesamt:	241 Meter
Tiefe der Abstandsfläche (Gesamt x 0,5)	120,5 Meter

Parallel dazu wurde eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 10 BImSchG durchgeführt. Das Vorhaben wurde am 25.01.2022 im Westfälischen Anzeiger für Hamm als Amtsblatt sowie in den Ruhrnachrichten für Ascheberg/Herbern sowie den Westfälischen Nachrichten für Drensteinfurt als örtliche Tageszeitungen bekannt gemacht. Die Antragsunterlagen lagen vom 01.02.2022 bis 28.02.2022 im Technischen Rathaus der Stadt Hamm sowie den Rathäusern in Ascheberg und Drensteinfurt zur Einsicht aus. Zusätzlich wurden die Antragsunterlagen über das länderübergreifende UVP-Portal zugänglich gemacht. Während des Auslagezeitraums sowie des anschließenden Einwendungszeitraums konnten gemäß § 12 Abs. 1 der 9. BImSchV Einwendungen erhoben werden. In diesem Zeitraum gingen keine Einwendungen ein. Ein Erörterungstermin wurde daher nicht durchgeführt.

Die erteilte Genehmigung wird gemäß § 10 Abs. 7 und 8 BImSchG und § 21a Abs. 2 der 9. BImSchV öffentlich bekannt gemacht.

2. Nicht umweltbezogene Genehmigungsvoraussetzungen

2.1 Planungsrecht

Das Vorhaben soll im Außenbereich umgesetzt werden und ist nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch zu beurteilen. Stadt Hamm besitzt keine Flächennutzungsplanung mit wirksamer Ausschusswirkung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB. Das Vorhaben ist daher nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB privilegiert.

Das Vorhaben ist zulässig, da öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die ausreichende Erschließung gesichert ist.

Die Rückbauverpflichtung nach § 35 Abs. 5 BauGB wird durch eine Bankbürgschaft gesichert und ist in den Nebenbestimmungen festgesetzt. Im Rahmen der Ermessensabwägung wird die Bankbürgschaft als Mittel zur Sicherung der Rückbauverpflichtung gewählt, da im Sinne des Schutzes des Außenbereichs ein hohes öffentliches Interesse besteht, dass im Falle der Stilllegung ausreichende finanzielle Mittel für den Rückbau der Anlagen zur Verfügung stehen.

Der Nachweis der bauordnungsrechtlichen Anforderungen an die Standsicherheit erfolgte durch eine Typenprüfung sowie Baugrund-, Standorteignungs- und Turbulenzgutachten. Durch regelmäßige Wartung und Prüfung durch Sachverständige wird die Standsicherheit während der Betriebsphase dauerhaft gesichert.

Das Brandschutzgutachten belegt, dass die WEA einen ausreichenden Brandschutzstandard besitzen. Zum Schutz vor Eiswurf wird die WEA mittels eines Eiserkennungssystems bei Eisansatz gestoppt.

Sowohl die Bezirksregierung Münster, Dezernat 26 (zivile Luftfahrtbehörde) als auch das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (militärische Luftfahrtbehörde) haben ihre Zustimmung nach §§ 12, 14, 17 LuftVG erteilt und keine Bedenken in Hinsicht auf § 18a LuftVG geltend gemacht. Die gemäß der AVV erforderliche Kennzeichnung wurde in die Nebenbestimmungen dieses Bescheides aufgenommen. Ergänzend wurden Maßnahmen zur Minderung der Belästigungswirkung der Befeuerng.

Die Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 55 - Technischer Arbeitsschutz hat nach vertiefter Prüfung keine substantiierten Bedenken gegen die Erteilung der Genehmigung vorgebracht. Die zur Sicherstellung arbeitsschutzrechtlicher Vorschriften erforderlichen Nebenbestimmungen wurden in den Bescheid aufgenommen.

Zur Identifizierung möglicher Konflikte in Hinsicht auf das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme bezüglich betroffener Betreiber von Stromleitungen sowie Mobilfunkbetreiber wurde die Bundesnetzagentur beteiligt. Hierbei ergaben sich keine Hinweise auf Konflikte. Ein Anfrage im Bundesweite Informationssystem für Leitungsrecherchen (BIL) hat ergeben, dass eine Gashochdruckleitung der Thyssengas GmbH im Bereich der geplanten Baumaßnahme verläuft. Die Thyssengas GmbH hat unter den im Abschnitt 16. aufgeführten Nebenbestimmungen zur Erdgashochdruckleitung die Bau freigabe erteilt.

3. Umweltbezogene Genehmigungsvoraussetzungen

Die umweltbezogenen Genehmigungsvoraussetzungen werden im Zuge der UVP gemäß § 20 Abs. 1a und 1b der 9. BImSchV schutzgutbezogen strukturiert geprüft und bei der Entscheidung berücksichtigt. Wechselwirkungen werden im Rahmen der Darstellung zu den einzelnen Schutzgütern aufgezeigt und durch Verweise auf die anderen Schutzgüter verknüpft. Methodisch ist für die UVP ein mehrschrittiges behördliches Prüfschema vorgesehen: Zunächst werden die Umweltauswirkungen dargestellt, danach bewertet und schließlich bei der Entscheidung berücksichtigt.

Allerdings ist bei den Umweltaspekten, die auf der Tatbestandsseite wertende Elemente enthalten (Arten- und Landschaftsschutz, Kulturgüter), keine klare Trennung zwischen Darstellung und

Bewertung der Umweltauswirkungen möglich, da hier die Aussage, dass eine Auswirkung vorliegt und wie hoch sie ist, bereits wertende Elemente enthält.

Die UVP ist ein behördliches Prüfverfahren. Die Genehmigungsbehörde nimmt die Darstellung, Bewertung und Berücksichtigung der Umweltauswirkungen vor. Dabei werden einerseits die Antragsunterlagen einschließlich der vorgelegten Gutachten genutzt, aber andererseits auch die Stellungnahmen der beteiligten Fachbehörden und ggf. die Einwendungen im Genehmigungsverfahren. Darüber hinaus wird allgemein vorhandenes bzw. speziell bei der Genehmigungsbehörde vorliegendes Wissen herangezogen. Schließlich bringt die Genehmigungsbehörde eigene Erkenntnisse und eigenes Fachwissen ein. Die vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen sind also nur ein Teil der gesamten behördlichen Antragsprüfung und der behördlichen UVP. Dementsprechend nehmen die Fachbehörden und die Genehmigungsbehörde bei ihrer Prüfung gegenüber den durch den Antragsteller vorgelegten Unterlagen und Gutachten z.T. ergänzende, klarstellende oder abweichende Beurteilungen vor.

Auf eine Nachbesserung oder Anpassung der Antragsunterlagen wurde dementsprechend dann verzichtet, wenn auch ohne dies der Sachverhalt ausreichend ermittelt oder der Genehmigungsbehörde bekannt ist und eine sichere Beurteilung der Genehmigungsvoraussetzungen möglich ist.

3.1 Abgrenzung der Windfarm

Da für die beantragte WEA eine UVP auf Antrag nach § 7 Abs. 3 UVPG durchgeführt wurde, ist die genaue Windfarmabgrenzung in Bezug auf die Frage, ob eine UVP erforderlich ist, unerheblich. Für die Durchführung der UVP selbst und die vorzunehmenden Prüfungen nach Fachrecht und nach UVPG hat der Aspekt, ob und welche WEA formal zur Windfarm hinzu zu zählen sind oder nicht, keinen entscheidungsrelevanten Einfluss.

3.2 Prüfgegenstand und Prüfumfang

Die UVP war entsprechend den Vorschriften über die Durchführung einer UVP auszuführen. Nach § 4e Abs. 3 der 9. BImSchV richtet sich der Umfang der Untersuchungen nach den einschlägigen, für die Entscheidung maßgeblichen fachrechtlichen Vorschriften.

Die verschiedenen Umweltfachgesetze (BImSchG, BNatSchG, LNatSchG, WHG usw.) fordern durchgehend die vollständige Betrachtung der Umweltauswirkungen der konkret beantragten WEA unter Einbeziehung der materiellen Vorbelastung durch alle bereits bestehenden Anlagen. Danach ist das materielle Zusammenwirken aller relevanten Anlagen, inklusive der industriellen Anlagen im Umfeld der beantragten WEA, zu betrachten. Umgekehrt wird der Prüfumfang nach den fachrechtlichen Maßstäben dadurch begrenzt, dass die Auswirkungen der bestehenden, genehmigten oder vorher beantragten Anlagen nur relevant sind, wenn sie mit denen der beantragten WEA auch faktisch materiell zusammenwirken.

Während die alleinigen Umweltauswirkungen der bereits bestehenden Anlagen, die nicht mit der beantragten WEA zusammenwirken, nicht entscheidungsrelevant und damit unbeachtlich sind. Im Ergebnis werden also im vorliegenden Genehmigungsverfahren die Umweltauswirkungen der relevanten WEA und der weiteren zu berücksichtigenden gewerblichen Anlagen insoweit betrachtet, als dass sie mit den Umweltauswirkungen der beantragten WEA zusammenwirken (z. B. Schall- und Schattenwurfimmissionen, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes u.a.). Bei Umweltauswirkungen, die nicht zusammenwirken, sondern jeder einzelnen Anlage anhaften (z. B. Bodenversiegelung, Umgang mit wassergefährdenden Stoffen u.a.), bleibt die Betrachtung auf die beantragte WEA beschränkt.

3.3 Schutzgut Mensch, einschließlich menschlicher Gesundheit

3.3.1 Schallimmissionen

Zusammenfassende Darstellung:

Für die Beurteilung der Auswirkungen der Schallimmissionen wurde eine Schallimmissionsprognose durch die planGIS GmbH erstellt. Zur Tageszeit werden die Anlagen im Volllastmodus betrieben. Zur Nachtzeit ist für die WEA 3 ein schallreduzierter Betrieb im Mode SO4 und für die WEA 4 ein schallreduzierter Betrieb im Mode SO0 vorgesehen. Die WEA sind weder ton- noch impulshaltig. Für die beantragte WEA liegen für die in der Tages- und Nachtzeit beantragten Betriebsweisen noch keine Typvermessungen vor, so dass die Schallimmissionsprognose auf den vom Hersteller angegebenen Oktavspektren beruht. Die Prognosewerte wurden daher mit Sicherheitszuschlägen von 2,1 dB(A) für die Zusatzbelastung der geplanten WEA in Ansatz gebracht.

Als Vorbelastung wurden 11 Windenergieanlage in der weiteren Umgebung bis ca. 4,5 km berücksichtigt (Tabelle 1 der Schallimmissionsprognose).

Bei Betrachtung der Gesamtbelastung im Tagzeitraum (6 – 22 Uhr) werden an allen Immissionsorten die Immissionsrichtwerte sicher eingehalten.

Bei Betrachtung der Gesamtbelastung im Nachtzeitraum (22 – 6 Uhr) werden an allen Immissionsorten die Immissionsrichtwerte eingehalten. Unter Beachtung der Abschirmung und Schallreflexionen kommt es am Immissionsort L durch die Vorbelastung zu einer Überschreitung des Richtwertes um 1 dB (36 dB(A) im Reinen Wohngebiet), die Zusatzbelastung unterschreitet den Richtwert um 12 dB und erhöht den Wert unter Beachtung der Rundung in der Gesamtbelastung nicht.

In der freien Landschaft kommt es zu einer Erhöhung des allgemeinen Geräuschpegels.

Die Schallimmissionen während der Bauphase der WEA sind auf Grund der Abstände zu den Wohnhäusern gering.

Bewertung:

Maßgeblich für die Bewertung der Schallimmissionen ist § 5 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG i.V.m der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) sowie das LAI-Dokument „Hinweise zu Schallimmissionen von Windkraftanlagen“. Der Tagesrichtwert der TA Lärm ist offensichtlich eingehalten, da die am Tag geltenden Richtwerte deutlich höher liegen als die Richtwerte zur Nachtzeit (22 – 6 Uhr).

Auch für den Nachtbetrieb weist die Schallprognose die Einhaltung der jeweils geltenden Nachtrichtwerte an fast allen Immissionsorten nach. Am Immissionsort L weist das Gutachten unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung und der schallreduzierten Betriebsweise der geplanten WEA aus, dass sich eine Überschreitung des Nachtrichtwertes um max. 1 dB(A) einstellen kann. Die TA Lärm sieht hierfür entsprechend Ziffer 3.2.1 Abs. 3 eine Irrelevanzregelung vor.

In der Rechtsprechung ist inzwischen explizit entschieden, dass diese Irrelevanzregelung auch für WEA gilt und anzuwenden ist [OVG Münster 8 B 390/15 vom 27.07.15]. Danach soll die Genehmigung für die zu beurteilende Anlage wegen einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte nach Nummer 6 der TA Lärm aufgrund der Vorbelastung auch dann nicht versagt werden, wenn dauerhaft sichergestellt ist, dass diese Überschreitung nicht mehr als 1 dB(A) beträgt. Da das Geräuschverhalten der WEA für den Nachtzeitraum auf garantierten Herstellerangaben basiert, wird ein Nachtbetrieb erst zugelassen, wenn für die erforderliche schallreduzierte Betriebsweise ein FGW-konformer Messbericht vorgelegt wird. Der Gutachter hat bei den Berechnungen auch Abschirmwirkungen und Schallreflexionen an bestehenden Gebäuden einbezogen.

Der in den LAI-Hinweisen definierte Stand der Technik (keine Tonhaltigkeit) wird durch den beantragten WEA-Typ eingehalten. Relevante Infraschallimmissionen sind nicht gegeben. Nach dem allgemein anerkannten Stand der Forschung sind Infraschallimmissionen von Windenergieanlagen gering und haben keine gesundheitlichen Auswirkungen.

Die Schallimmissionen während der Bauphase sind als irrelevant einzustufen. Die Schallimmissionen in der freien Landschaft werden durch das Immissionsschutzrecht nicht erfasst, sie können lediglich begrenzt im Rahmen der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung oder bei schallempfindlichen windenergiesensiblen Arten artenschutzrechtlich berücksichtigt werden.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Die Anforderungen der TA Lärm sind eingehalten. Die Betreibergrundpflichten des § 5 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG sind sowohl hinsichtlich der Schutz- als auch der Vorsorgepflicht erfüllt. Zur rechtlichen Absicherung werden die maßgeblichen Immissionsrichtwerte, die maximal zulässigen Oktavschalleistungspegel einschließlich immissionsseitiger Vergleichswerte sowie eine Abnahmemessung in der Genehmigung festgelegt. Weitergehende Anforderungen sind weder fachlich indiziert, noch rechtlich möglich.

3.3.2 Schattenwurf

Zusammenfassende Darstellung:

WEA verursachen durch die Drehbewegung des Rotors bewegten Schattenwurf. Zur Beurteilung des Schattenwurfs wurde ein Gutachten durch das Büro planGIS erstellt. Das Gutachten ermittelt die Vorbelastung durch die bereits bestehenden WEA und die Zusatzbelastung durch die geplante WEA. In der Gesamtbelastung kommt es an zahlreichen Immissionspunkten zur Überschreitung der worst-case Beschattungsdauer von 30 h/a bzw. 30 min/Tag. Für die beantragte WEA ist der Einbau eines Schattenwurfabschaltmoduls vorgesehen.

Bewertung:

Bewegter Schattenwurf stellt eine Belästigung im Sinne des BImSchG dar. Maßgebliche Bewertungsgrundlage ist § 5 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG. Der WEA-Erl. 18 geht mit Verweis auf die „WKA-Schattenwurf-Hinweise“ der LAI und die diesbezügliche Rechtsprechung von einem orientierenden Immissionsrichtwert von 8 h/a und 30 min/d reale Beschattungsdauer aus. Diese Werte können mit Hilfe des Schattenwurfabschaltmoduls sicher eingehalten werden.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Die Betreibergrundpflichten des § 5 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG sind erfüllt. Zur rechtlichen Absicherung wird die erforderliche Schattenwurfabschaltung in die Nebenbestimmungen der Genehmigung aufgenommen. Weitergehende Anforderungen sind weder fachlich indiziert, noch rechtlich möglich.

3.3.3 Lichtimmissionen

Zusammenfassende Darstellung:

Für die WEA werden matte Glanzgrade gemäß DIN 67530/ISO 2813 für die Rotorbeschichtung verwendet. Von den Rotorblättern gehen auf Grund der Verwendung von reflexionsarmen Beschichtungsfarben keine Lichtreflexe (Disko-Effekt) aus. Die luftverkehrsrechtliche Nachtkennzeichnung verursacht Lichtimmissionen.

Bewertung:

Maßgebliche Beurteilungsgrundlage für Lichtimmissionen ist § 5 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG i.V.m. der Licht-Richtlinie, wonach die Lichtimmissionen durch die Flugsicherheitsbefeuerung als unerheblich einzustufen sind. Grundsätzlich muss zudem berücksichtigt werden, dass sowohl die Ausrüstung der WEA mit einer Befeuerung als auch die konkrete Ausführung (Anordnung, Farbe, Helligkeit, Blinkfrequenzen) luftverkehrsrechtlich weitgehend vorgeschrieben ist. Bei dem Feuer W,rot bzw. W,rot ES handelt es sich um ein lichtschwaches Feuer. Die Synchronisierung der Blinkfrequenzen mindert die Unruhewirkung. Die bedarfsgerechte Steuerung der Nachtkennzeichnung reduziert die Dauer der tatsächlichen Befeuerung auf das luftverkehrlich unerlässliche Minimum.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Die Schutzanforderungen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG i.V.m. der Licht-Richtlinie sind erfüllt. Darüber hinaus wird mittels Einsatzes lichtschwacher und bedarfsgesteuerter Feuer umfangreiche Vorsorge im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG betrieben.

3.3.4 Optisch bedrängende Wirkung

Zusammenfassende Darstellung:

Für die Einzelfallprüfung, ob von einer WEA eine optisch bedrängende Wirkung auf eine Wohnbebauung ausgeht, hat das OVG NRW (09.08.2006, 8 A 3726/05) grobe Anhaltswerte aufgestellt:

- Beträgt der Abstand zwischen Wohnhaus und der WEA mindestens das Dreifache der Gesamthöhe (Nabenhöhe plus $\frac{1}{2}$ Rotordurchmesser) der geplanten WEA, dürfte die Einzelfallprüfung überwiegend zu dem Ergebnis kommen, dass von dieser WEA keine optisch bedrängende Wirkung zulasten der Wohnnutzung ausgeht.
- Ist der Abstand geringer als das Zweifache der Gesamthöhe der WEA, dürfte die Einzelfallprüfung überwiegend zu einer dominanten und optisch bedrängenden Wirkung der Anlage gelangen.
- Beträgt der Abstand zwischen dem Wohnhaus und der WEA das Zwei- bis Dreifache der Gesamthöhe der WEA, bedarf es regelmäßig einer besonders intensiven Prüfung des Einzelfalls z.B. durch eine Sichtbeziehungsstudie.

Der Abstand der beantragten WEA zu den benachbarten Wohnhäusern beträgt überwiegend mehr als das 3-fache der Anlagengesamthöhe. Allerdings liegen 5 Wohnhäuser in einem Abstand unter dem 3-fachen der Gesamthöhe der WEA. Wohnhäuser mit einem Abstand, der geringer ist als das 2-fache der Gesamthöhe, gibt es im vorliegenden Verfahren nicht.

Die Firma planGIS hat zur Vorbereitung der Prüfung durch die Genehmigungsbehörde ein Gutachten zur Beurteilung einer möglichen bedrängenden Wirkung erarbeitet. Das Gutachten beschreibt für alle Wohnhäuser die Faktoren: Topographie, Lage und Gestaltung des betroffenen Wohnhauses, den Schutzanstrich, Sichtbeziehungen, abschattenden und ablenkende Objekte zwischen Haus und WEA, möglich Ausweichbewegungen und die Hauptwindrichtung. Der Gutachter kommt zu dem Schluss, dass keine optisch bedrängende Wirkung vorliegt. Die Entscheidungsgrundlagen des Gutachtens wurden für jedes Wohnhaus in einem Ortstermin durch die Genehmigungsbehörde überprüft.

Bewertung:

Die beantragte WEA bewegt sich mit einer Gesamthöhe von 223 m bzw. 241 m eher im oberen Bereich der Größe aktuell verfügbarer moderner WEA.

Bei 5 Häusern liegt das Abstandsverhältnis zwischen 2,1-fachen und 3,1-fachen der Gesamthöhe. Dabei handelt es sich um die Wohnhäuser Kurrick 7/7a und 9 im Kreis Warendorf sowie Hölter 17, 18 und 19 in Hamm. An diesen Wohnhäusern war eine intensive Einzelfallprüfung notwendig um eine potentiell gegebene optisch bedrängende Wirkung beurteilen zu können. Die Beurteilung der optischen Wirkung der WEA beruht daher auf den Erkenntnissen der Ortstermine und aus den detaillierten Angaben der vorgelegten Sichtbeziehungsuntersuchung.

Die Wohnhäuser Hölter 19 und Kurrick 7/7a sind aufgrund eines Abstandes der 2,2- bzw. 2,1-fachen WEA-Gesamthöhe besonders betroffen. Der Eigentümer des Wohnhauses Hölter 19 ist als Verpächter an dem Windenergie-Projekt beteiligt und es sind keine Wohnräume in Richtung der geplanten WEA ausgerichtet.

Das Wohnzimmer des Wohnhaus Kurrick 7 ist in Richtung der WEA 3 ausgerichtet, durch die Überdachung der Terrasse ist die Sichtbarkeit jedoch deutlich eingeschränkt. Die WEA 4 steht dagegen schräg zur Hauptblickrichtung. Das Wohnzimmer des Wohnhaus Kurrick 7a ist ebenfalls in Richtung der WEA 3 ausgerichtet, die Sichtbarkeit ist jedoch durch den westlichen Gebäudeteil und Vegetation zum Teil eingeschränkt, die WEA 4 ist nur sehr eingeschränkt sichtbar. Auf den Terrassen werden die Anlagen jeweils deutlich wahrgenommen, jedoch gilt bei Außenflächen ein höheres Maß an Selbstschutzmaßnahmen als zumutbar. Zudem ist der Eigentümer als Gesellschafter am Projekt beteiligt. Da die optisch bedrängende Wirkung auf das Gebot der gegenseitigen (nicht „selbstbezogenen“) Rücksichtnahme zurückgeht, ist es jedenfalls fraglich, ob Wohnhäuser im Eigentum der Betreiber bzw. Mitglieder einer Betreibergesellschaft zu betrachten sind.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Da keine optisch bedrängende Wirkung gegeben ist, steht dieser Belang der Erteilung der Genehmigung nicht entgegen. Auflagen sind nicht erforderlich.

3.3.5 Gefahrenschutz

Zusammenfassende Darstellung:

Von den WEA können Gefahren in Form von Eiswurf, Anlagenhavarien oder Bränden ausgehen. Sie besitzen ein spezielles Erdungssystem, das Blitze sicher ins Erdreich ableitet. Die WEA sind entsprechend den gesetzlichen bau- und brandschutztechnischen Anforderungen ausgerüstet. Die Brandlasten sind quantitativ gering und umfassen keine Stoffe, die im Falle eines Brandes Schadstoffe freisetzen, die über diejenigen eines üblichen Gebäudebrandes hinausgehen. Ebenso ist eine Eiserkennung und -abschaltung vorgesehen. Der Abstand der WEA zu den nächstgelegenen Wohnhäusern beträgt 468 m.

Bewertung:

Maßgeblich sind hier die Anforderungen der BauO NRW i.V.m. der Liste der technischen Baubestimmungen. Bei Errichtung, Ausrüstung, Wartung und Sachverständigenprüfung entsprechend diesen Bestimmungen wird von einem ausreichenden Gefahrenschutz ausgegangen. Der Windenergie-Erlass sieht bei Einsatz von Eiserkennungs- und Eisabschaltssystemen auch ohne die Einhaltung besonderer Abstände einen ausreichenden Schutz von Verkehrswegen als gewährleistet an. Mit der vorgesehenen Parkposition der WEA bei Eisansatz wird das Risiko durch Eisabfall weiter reduziert und ist wie das Risiko bei anderen Bauwerken (Hochspannungsleitungen, Brücken, etc.) zu bewerten. Außerhalb des Anwendungsbereichs der 12. BImSchV sind nur die Immissionen des regulären Betriebs zu betrachten, so dass die Schadstoffemissionen bei einem Brand immissionsschutzrechtlich unerheblich sind.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Die baurechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen sind erfüllt.

3.4 Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

3.4.1 Artenschutz

Zusammenfassende Darstellung:

Die meisten der nachgewiesenen planungsrelevanten Arten sind nicht als WEA-empfindlich einzustufen. Insbesondere bei den nachgewiesenen WEA-empfindlichen Arten wurde im Rahmen der Artenschutzprüfung untersucht, ob die Voraussetzungen eines möglicherweise signifikant erhöhten Kollisionsrisikos oder sonstiger Umstände vorliegen, die auf artenschutzrechtliche Konflikte im Sinne der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG hinweisen.

Bewertung:

Als Ergebnis der Prüfung konnte festgestellt werden, dass bei den WEA-empfindlichen Arten keine Verstöße gegen die Verbotstatbestände zu prognostizieren sind, wenn entsprechende Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Hier sind zum einen die vorgegebenen Bauzeitenfenster wie auch flächenwirksame CEF-Maßnahmen für den Kiebitz sowie das Anbringen von geeigneten Brutkästen für den Steinkauz und die Schleiereule zu nennen. Bei der Umsetzung wird eine ökologische Baubegleitung erforderlich, um mögliche artenschutzrechtliche Konflikte bei den Baumaßnahmen auszuschließen.

Für die Gruppe der Fledermäuse liegen Daten aus dem Jahr 2012 vor. Relevante Nachweise von Wochenstuben oder essentiellen Nahrungshabitaten wurden nicht erbracht. Zur Vermeidung möglicher artenschutzrechtlicher Konflikte werden zunächst die im Leitfaden genannten Abschaltalgorithmen vorgegeben.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Unter Beachtung der in der Artenschutzprüfung genannten Vermeidungs-, Minimierungs- und CEF-Maßnahmen können Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG ausgeschlossen werden. Ein Verstoß gegen die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG ist daher bei Umsetzung des geplanten Vorhabens nicht zu erwarten.

3.4.2 Habitatschutz/Natura 2000 – Gebiete

Zusammenfassende Darstellung:

In einem Umkreis von 4 km um das Vorhaben befinden sich keine Natura2000-Gebiete.

Bewertung:

Bewertungsmaßstab ist § 34 BNatSchG. Auf Natura2000-Gebiet haben WEA in diesen Abständen keine Auswirkungen, so dass keine weiteren Prüfungen erforderlich sind.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Der Habitatschutz des BNatSchG ist nicht berührt, so dass er bei der Entscheidung nicht berücksichtigt zu werden braucht.

3.4.3 weitere naturschutzrechtliche Schutzgebiete

Zusammenfassende Darstellung:

Nationalparke, Nationale Naturmonumente und Biosphärenreservate sind im Untersuchungsraum nicht vorhanden und somit nicht vom geplanten Vorhaben betroffen. Die geplanten Anlagen und die Zuwegungen liegen nicht in besonders geschützten Teilen von Natur und Landschaft (Naturschutzgebiet, geschützter Landschaftsbestandteil, Naturdenkmal) und nicht im Bereich von gesetzlich geschützten Biotopen, sonstigen Biotopen nach Biotopkataster oder Verbundbiotopen sowie nicht innerhalb von Wasser- oder Heilquellenschutzgebieten. Rund 380 m südöstlich der geplanten WEA 4 liegt das Naturschutzgebiet „Kurricker Berg“. Die rund 270 m südwestlich der Planung gelegene Waldfläche wird als schutzwürdiges Biotop im Biotopkataster NRW geführt (BK-4212-0121 „Eichen-Hainbuchen- und Eschenwald nördlich Bockum-Hövel, nördlich Haus Aquack“).

Bewertung:

Bewertungsgrundlage sind §§ 23-25 und 30 BNatSchG. Es sind keine rechtlich erheblichen Auswirkungen gegeben.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Da keine Betroffenheit vorliegt, ist keine Berücksichtigung erforderlich.

3.4.4 Eingriff in den Naturhaushalt

Zusammenfassende Darstellung:

Durch die Errichtung von WEA wird der Naturhaushalt beeinträchtigt. Die Funktionen des Naturhaushaltes sind jeweils unmittelbar selbst betroffen sowie in ihrem funktionalen Zusammenwirken. Die Bodenversiegelung stellt eine eigenständige Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden dar, bedeutet aber auch einen Verlust von Lebensraum für Flora und Fauna. Durch Bau und Betrieb der WEA kann es zu Verlusten von Individuen außerhalb oder unterhalb der Wirkschwelle des artenschutzrechtlichen Regimes kommen. Der Einfluss auf den Wasserhaushalt ist auf Grund der geringen Neuversiegelungsfläche und der wasserdurchlässigen Schotterung von Fahrwegen und Arbeitsflächen zu vernachlässigen. Für den Standort der beantragten WEA, die Kranstellflächen und die Zuwegung wird überwiegend intensiv genutzte Ackerfläche in Anspruch genommen.

Bewertung:

Beurteilungsmaßstab ist die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung der §§ 14 ff BNatSchG. Die Beeinträchtigungen werden soweit möglich insbesondere durch Minimierung des Flächenbedarfs vermieden. Zur weiteren Minimierung von Beeinträchtigungen wurden zeitliche Begrenzungen von

Bautätigkeiten sowie eine ökologische Baubegleitung in den Nebenbestimmungen festgeschrieben. Auch in qualitativer Hinsicht werden überwiegend Flächen in Anspruch genommen, die eine geringe ökologische Wertigkeit haben. Die unvermeidbaren Beeinträchtigungen werden nach § 15 BNatSchG über landschaftsrechtliche Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Die Eingriffsregelung des BNatSchG wurde abgearbeitet, so dass die gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind. Die erforderlichen und in den Antragsunterlagen bereits vorgeschlagenen Kompensationsmaßnahmen wurde als Nebenbestimmung im Genehmigungsbescheid festgeschrieben. Weitergehende Anforderungen sind weder fachlich indiziert, noch rechtlich möglich.

3.5 Schutzgut Boden und Fläche

3.5.1 Bodenversiegelung und Bautätigkeit

Zusammenfassende Darstellung:

Für Fundamente, Zuwegungen und Kranstellflächen werden insgesamt 4.470,9 m² Boden dauerhaft versiegelt (943 m² Vollversiegelung aus Beton für die Fundamente) und 3.527,6 m² Teilversiegelung aus Schotter für Zuwegung und Kranstellflächen). Diese anlagenbedingte Wirkung erstreckt sich zeitlich über die gesamte Betriebsdauer der geplanten WEA und endet erst mit dem vollständigen Rückbau der Anlagen einschließlich der Fundament- und Schotterkörper nach Aufgabe der Nutzung. Für diese Zeit verlieren die betroffenen Böden ihre Speicher- und Reglerfunktion, die biotische Lebensraumfunktion (Böden als Lebensraum bzw. Lebensgrundlage für Pflanzen und Tiere) sowie die natürliche Ertragsfunktion. Weiterhin wird Boden für die Zeit der Anlagenerrichtungen temporär beansprucht (baubedingte Wirkung). Dies umfasst insgesamt 6.120 m² Fläche für temporäre Montageflächen und 3.345 m² Fläche für temporäre Zuwegungen. Eine durch Lagerung von Erdmaterial sowie durch Lagerung und Zusammenbau von Anlagenbestandteilen (Turmsegmente, Rotorblätter, Gondel etc.) hervorgerufene Verdichtung der Bodenstruktur wird im Rahmen der unmittelbar danach wieder aufgenommenen landwirtschaftlichen Nutzung beim Pflügen der Böden rückgängig gemacht. Von der Inanspruchnahme ist kein schutzwürdiger Boden betroffen.

Bewertung:

Insgesamt sind die bau- und anlagebedingten Bodenveränderungen mit Beeinträchtigungen auf die Standort-, Puffer- und Filterfunktionen der Böden als erhebliche Wirkungen einzustufen. Diesen stehen durch den späteren Rückbau von Fundamenten, Zuwegung und Schotterflächen der zukünftig abzubauenen Altanlagen zwar Entsiegelungen entgegen, dennoch sind diese Eingriffe ausgleichspflichtig und werden daher über die Kompensation für den Eingriff in den Naturhaushalt ausgeglichen.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Die fachrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen sind eingehalten. Im Rahmen der landschaftsrechtlichen Kompensation wird auch die Neuversiegelung ausgeglichen. Weitergehende Anforderungen sind weder fachlich indiziert, noch rechtlich möglich.

3.5.2 Abfall

Zusammenfassende Darstellung:

Bei Errichtung und Betrieb der WEA fallen Abfälle an, die als hausmüllartige Gewerbeabfälle zu klassifizieren sind. Dazu gehören z.T. auch gefährliche Abfälle, die anfallenden Mengen sind allerdings gering. Die Entsorgung erfolgt über den Hersteller bzw. das Serviceunternehmen. Produktionsabfälle fallen nicht an. Bei der Demontage von WEA werden die Stoffe soweit möglich der Kreislaufwirtschaft zugeführt oder fachgerecht entsorgt.

Bewertung:

Beurteilungsmaßstäbe bilden § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG i.V.m. den Pflichten des KrWG für Abfallerzeuger. Durch die Abgabe der Abfälle an den Hersteller bzw. die Wartungsfirma ist der

Anlagenbetreiber seiner Pflicht im Rahmen des Genehmigungsverfahrens geeignete Entsorgungswege nachzuweisen, nachgekommen. Der Rückbau der WEA ist nicht Gegenstand der BImSchG-Genehmigung, auch die Betreibergrundpflichten bei Anlagenstilllegung schließen die Demontage der Anlage nicht ein.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Die Betreiberpflichten nach BImSchG und die Abfallerzeugerpflichten nach KrWG sind erfüllt. Weitergehende Anforderungen sind nicht indiziert.

3.6 Schutzgut Wasser

3.6.1 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Zusammenfassende Darstellung:

Oberflächengewässer sind während der Bauzeit auf den von der Genehmigung erfassten Flurstücken nicht betroffen, mittelbar sind Auswirkungen auf Grundwasserfunktionen und Gewässerqualität in einem weiteren Umkreis vorstellbar.

Um zu vermeiden, dass Gefahrenstoffe aus der Windenergieanlage in die Umwelt gelangen, werden Flüssigkeiten in der Windenergieanlage Vestas V150-5.6 MW an unterschiedlichen Stellen untergebracht. Im Maschinenhaus sind mehrere Auffangwannen vorgesehen, um Flüssigkeiten zu sammeln und zu verwahren. Das Auffangvolumen im Maschinenhaus ist groß genug, um eine dem größten Einzelsystem bzw. der größten Einzelkomponente entsprechende Menge aufzunehmen. Die WEA ist mit zahlreichen Sensoren ausgestattet, die Fehlfunktionen und Stoffaustritte an die Fernüberwachung meldet.

Bewertung:

§ 62 WHG i. V. m. der AwSV regelt die Anforderungen an den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Die Anforderungen der AwSV werden durch die Anlagenausrüstung und die vorgesehenen betrieblichen Maßnahmen erfüllt. Durch den fachgerechten Umgang mit den wassergefährdenden Stoffen entsprechend dem WHG und der AWSV ist das Gefährdungspotential so gering, dass nicht von Beeinträchtigungen auszugehen ist.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Die Anforderungen des WHG und der AwSV sind erfüllt.

3.6.2 Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete

Zusammenfassende Darstellung:

Innerhalb des 1.000 m-Radius liegen keine Wasserschutz-, Überschwemmungs- und Heilquellenschutzgebiete.

Bewertung:

Beurteilungsgrundlage ist das WHG. Es liegt keine Betroffenheit vor.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Da keine Betroffenheit gegeben ist, ist keine Berücksichtigung erforderlich.

3.6.3 Abstände von Gewässern/Gewässerquerung

Zusammenfassende Darstellung:

Bedeutende Still- oder Fließgewässer sind im Umfeld der Anlage nicht anzutreffen. Ein Graben entwässert den Raum in den weiter nordwestlich verlaufenden Mühlenbach. Fundamente, Kranstellflächen und Zuwegungen halten einen Abstand von mindestens 5 m gemäß § 38 Abs. 3 Satz 1 WHG zu Gewässern ein. Gewässerquerungen sind nicht erforderlich.

Bewertung:

Beeinträchtigungen von Gewässern durch geringe Abstände oder Querungen liegen nicht vor.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:
Keine Berücksichtigung da keine Betroffenheit vorliegt.

3.7 Schutzgüter Luft und Klima

Zusammenfassende Darstellung:

WEA emittieren keine Luftschadstoffe und keine Klimagase. Durch Substitution fossiler Kraftwerke ergibt sich ein positiver Beitrag zur Luftreinhaltung. Während der Bauphase entstehen kurzzeitig geringe Luftschadstoffimmissionen in unmittelbarer Nähe der Baustelle.

Bewertung:

Bewertungsmaßstab ist § 5 Abs. 1 BImSchG. In BImSchG-Genehmigungsverfahren können keine positiven Substitutionseffekte berücksichtigt werden. Die Luftschadstoffimmissionen während der Bauphase sind als irrelevant einzustufen.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Keine Berücksichtigung, da keine rechtlich relevanten Umweltauswirkungen auf Luft und Klima gegeben sind.

3.8 Schutzgut Landschaft

3.8.1 Landschaftsbild

Zusammenfassende Darstellung:

Die WEA stellen auf Grund ihrer Bauhöhe einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild dar. Die Fläche im Umfeld der beantragten WEA lassen sich überwiegend der Einheit „Offene Agrarlandschaft“ zuordnen, im Südosten ist ein kleiner Teil als „Wald-Offenland-Mosaik“ anzusprechen. Die Landschaftsbildbewertung des LANUV zeigt für die beantragte WEA und ihre Umgebung überwiegend eine mittlere Wertigkeit, nur ein kleiner Flächenanteile ist der Wertstufe sehr hoch zugeordnet. Die bestehenden WEA im weiteren Umfeld bilden zudem eine Vorbelastung.

Bewertung:

Beurteilungsmaßstab ist die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung der §§ 14 ff BNatSchG. Es handelt sich um einen unvermeidbaren Eingriff, der nach § 15 BNatSchG auszugleichen ist. § 31 Abs. 5 LNatSchG NRW i.V.m. dem Windenergie-Erlass sieht eine grundsätzliche Kompensation in Form eines Ersatzgeldes vor. Das Ersatzgeld wurde daher nach den Vorgaben des Windenergie-Erlasses auf Basis der Landschaftsbildbewertung des LANUV berechnet. Eine unzulässige Verunstaltung des Landschaftsbildes im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB liegt nicht vor.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Die Eingriffsregelung des BNatSchG wurde abgearbeitet, so dass die gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind. Die erforderliche Ersatzgeldzahlung wurde im Genehmigungsbescheid festgesetzt. Weitergehende Anforderungen sind weder fachlich indiziert, noch rechtlich möglich.

3.8.2 Landschaftsrechtliche Schutzgebiete und -objekte

Zusammenfassende Darstellung:

Die WEA liegen im Landschaftsschutzgebiet „Kurricker Berg“. Naturdenkmale sowie geschützte Landschaftsbestandteile sind im Bereich der beantragten WEA nicht vorhanden.

Bewertung:

Für Naturdenkmale und geschützte Landschaftsbestandteile liegt keine Betroffenheit vor. Hinsichtlich der Lage im Landschaftsschutzgebiet liegen die Voraussetzungen für die Erteilung einer Befreiung nach § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG vor, die von der Konzentrationswirkung dieser Genehmigung umfasst wird. In dieser Situation überwiegt das öffentliche Interesse an der Erzeugung von Windstrom.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Da keine Betroffenheit von geschützten Landschaftsbestandteilen gegeben ist, brauchen diese nicht berücksichtigt zu werden. Auch die Lage im Landschaftsschutzgebiet steht der Errichtung der WEA nicht entgegen. Die Befreiung nach § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist von der Konzentrationswirkung dieses Bescheides erfasst.

3.8.3 nicht formal geschützte Elemente und Funktionen

Zusammenfassende Darstellung:

Neben den formal gesetzlich oder durch Schutzgebietsausweisung geschützten Gebieten und Objekten gibt es weitere fachliche Landschaftselemente oder -funktionen wie z. B. das Biotopkataster NRW oder die Erholungsfunktion. Hinsichtlich der Beeinträchtigung von Flächen für die landschaftsgebundene Erholung werden für die Erholungssuchenden, die als Spaziergänger und Radfahrer auf den Wander- und Radwanderwegen bzw. als Reiter auf der Reitroute im Umfeld der Planung vorübergehend den optischen und akustischen Wirkungen der WEA ausgesetzt sein.

Bewertung:

Da es keine eigenständigen Rechtsgrundlagen für diese Elemente und Funktionen gibt, können diese nur indirekt über bestehende gesetzliche Regelungen, insbesondere die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung berücksichtigt werden. Mit Blick auf die räumlich begrenzte Wirksamkeit und die zeitliche Begrenzung wird die Auswirkung auf die Erholungsnutzung als unerheblich eingeschätzt, sodass eine Beeinträchtigung, die dem Vorhaben nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB entgegenstehen könnte, nicht gegeben ist.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Da keine eigenständige Berücksichtigung möglich ist, erfolgt eine Berücksichtigung soweit möglich im Rahmen der anderen naturschutzrechtlichen Regelungen.

3.9 Schutzgut Kultur- und andere Sachgüter

3.9.1 Denkmalschutz

Zusammenfassende Darstellung:

Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler, archäologisch bedeutende Landschaften sowie bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche sind im Bereich des Standortes nicht vorhanden. Ebenso bestehen im Bereich des Standortes keine wichtigen Sichtbeziehungen bzw. historische Funktionsbeziehungen zu Denkmälern oder den v. g. kulturhistorisch bedeutsamen Strukturen.

Bewertung und Begründung:

Beurteilungsmaßstab ist § 9 Abs. 1 Nr. 1b DSchG. Es liegt keine Betroffenheit vor. Der LWL-Archäologie für Westfalen hat keine Bedenken erhoben. Für den Fall, dass Bodendenkmäler beim Bau der WEA entdeckt werden, wurde auf die Meldepflicht hingewiesen.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Es liegt kein erlaubnispflichtiger Tatbestand nach DSchG vor, so dass keine weitergehende Prüfung erforderlich ist.

3.9.2 Kulturlandschaft

Zusammenfassende Darstellung:

Flächen mit kulturlandschaftlich besonderer oder herausragender Bedeutung werden im kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zur Landesplanung in Nordrhein-Westfalen definiert. Daraus werden landesplanerische Grundsätze und Ziele abgeleitet sowie Schutzmaßnahmen für das kulturelle Erbe im Rahmen einer erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung entworfen. Diese werden auf Regionalplanebene ergänzt und konkretisiert. Gemäß diesem Kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zur

Landesplanung befindet sich der beantragte Standort der WEA außerhalb von kulturhistorisch bedeutsamen Bereichen.

Bewertung und Begründung:

Kulturgüter werden durch das Vorhaben nicht überplant. Sachgüter, bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche und Orte nicht beeinträchtigt. Für das Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind daher keine Vermeidungs-, Minderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Auch bedeutende Sicht- und historische Funktionsbeziehungen sind nicht betroffen.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Beeinträchtigungen des Schutzguts kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind durch das Vorhaben nicht zu erwarten.

3.10 Anfälligkeit für schwere Unfälle oder Katastrophen

Zusammenfassende Darstellung:

Bei WEA spielen primär mechanische Unfälle eine Rolle. Ein aus einem Produktionsprozess resultierendes Risiko eines Chemieunfalls, einer Explosion oder ähnlicher Unfallszenarien besteht bei WEA nicht. Das Brandrisiko ist gering. Eine besondere Anfälligkeit für Katastrophen, auch unter Berücksichtigung des Klimawandels, besteht für WEA ebenfalls überwiegend nicht. Lediglich vermehrte Sturmweatherlagen sind für WEA relevant.

Bewertung:

WEA unterliegen nicht der Störfallverordnung. Eine Beurteilung der Auswirkungen von Schadensfällen erfolgt daher lediglich auf Grund der Betreibergrundpflicht zum Schutz vor „sonstigen Gefahren“ sowie dem allgemeinen Gefahrenschutz des Baurechts. Ein ausreichender Schutz der Nachbarschaft ist bereits durch die Abstände zu den nächstgelegenen Wohnhäusern gegeben. Der allgemeine Gefahrenschutz wird durch die baurechtlichen Anforderungen sichergestellt, die auch die Sicherung der WEA gegen Sturmweatherlagen umfassen.

Berücksichtigung bei der Entscheidung:

Die gesetzlichen Anforderungen des Gefahrenschutzes sind erfüllt. Weitergehende Anforderungen sind weder fachlich indiziert, noch rechtlich möglich.

3.11 Gesamtbewertung

Im Vergleich zu anderen industriellen Anlagen verursachen WEA diverse Umweltauswirkungen (z. B. Luftschadstoffe, Abwasser, Produktionsabfälle, Einsatz von kritischen Stoffen u.a.) von vorn herein gar nicht. Die wesentlichen Umweltauswirkungen von WEA bestehen regelmäßig in Schall- und Schattenimmissionen sowie naturschutzrechtlichen Aspekten. Die Umweltauswirkungen sind lokal begrenzt und haben keinen überregionalen oder grenzüberschreitenden Charakter. Auf Grund der Lage in ländlichen Räumen sind keine dicht besiedelten Gebiete oder große Bevölkerungsanteile betroffen. Auswirkungen besonderer Schwere und Komplexität sind ebenso wenig gegeben wie irreversible, persistente oder akkumulierende Umweltauswirkungen.

4. Genehmigungsentscheidung

Die Prüfung gemäß § 6 Bundes-Immissionsschutzgesetz ergab, dass sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 Bundes-Immissionsschutzgesetz für den Betreiber der Anlage ergebenden Pflichten erfüllt werden und öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen.

Die beantragte Genehmigung ist nach Vorstehendem gemäß § 6 Bundes-Immissionsschutz-Gesetz unter Festlegung der sich als notwendig ergebenden Nebenbestimmungen zu erteilen.

Kostenentscheidung

Die Kosten des Genehmigungsverfahrens sind von der Antragstellerin zu tragen. Hierzu ergeht der beiliegende Gebührenbescheid.

Ihre Rechte

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, 48143 Münster, Aegidiikirchplatz 5, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Abs. 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr- Verordnung- ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Hinweis: Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Stadt Hamm, 06.09.2022

Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

(Litschke)